

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebeneinanderliegenden Zeilen oder deren Raum 200 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Nekrologen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218.

Sonntag, den 17. September 1921.

28. Jahrgang.

Die Reaktion in Bayern.

Der Kampf um Rahr.

Angeichts der Feststellungen im Ueberwachungsaußschuß und der Aufdeckung der Mordzentrale in München wagt es die bayerische Kappistenpresse, im gegenwärtigen Augenblick noch für die Wiederberufung Rahr's einzutreten. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ druckten gestern abend die Meldung einer fast gar nicht gelesebenen Korrespondenz ab, derzufolge ernste Verhandlungen der bayerischen Volkspartei mit Rahr zwecks Wiederaufnahme des Ministerpräsidiums gepflogen worden seien. Demgegenüber erfahren wir, daß die bayerische Sozialdemokratie nie der Berufung dieses mit Schimpf und Schande beladenen Ministeriums Rahr-Roth zustimmen wird, sondern mit allen Mitteln sich dagegen wenden wird. — Der Landtag ist auf den 21. September, nachmittags, einberufen worden.

Aus der Hochburg der Kappisten.

P. München, 16. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Alle Proteste der Reaktionen in Bayern und sämtliche Feststellungen der Münchener Presse, daß die Enthüllungen des Reichskanzlers im Ueberwachungsaußschuß leere Erzählungen seien, ändern an der Tatsache nichts, daß in der Nähe Münchens noch bis in den letzten Tagen die Hochburg der Kappisten existierte und daß jeder Hochverräter vom März 1920 unter dem Schutz der Polizeidirektion Boehner dort Aufenthalt nehmen konnte. Nicht ein Blatt, noch eine führende Persönlichkeit hat die Enthüllungen bisher sachlich widerlegt, sondern sie werden sämtlich mit dem Hinweis „frei erfunden“ abgetan. Demgegenüber sind wir berechtigt, nochmals festzustellen, daß der Kapitänleutnant Ehrhardt, der Oberst Bauer und andere Hochverräter in München bei beamteten Persönlichkeiten ein und aus gingen und sich für ihre kommenden Machenschaften neue Ratshläge holten. Der Polizeipräsident Boehner, der unter diesen amtlichen Persönlichkeiten die Hauptrolle als Empfänger der Kappisten einnahm, hat bisher noch keinen Ton verlauten lassen, daß die ihn treffenden Anschuldigungen unwahr sind. Wenn die bayerische Presse trotzdem heute versucht, die einwandfreien Feststellungen ohne klare Gegenbeweise abzutun, dann erbringt sie nicht nur den Beweis, daß die Enthüllungen auf Wahrheit beruhen, sondern bezieht sich selbst der Mitwisserschaft.

Die Königsmacher in Bayern kümmern sich um die Bloßstellung ihres reaktionären Treibens gar nicht, sondern gehen offen gegen die Republik vor. So erklärte in einer Versammlung der bayerischen Mittelpartei der deutsch-nationale Oberst Fylander:

„Die Weimarer Verfassung, der Parlamentarismus, diese Kinder der Revolution, haben doch wahrhaftig in den letzten Tagen bewiesen, wie reif sie für den Untergang sind. Wir sehen, wie die letzten Tage nahe! Wir sollen ein wurzelloses Romadennolk werden, bereit, in die Hände der Internationalen zu fallen, deshalb werden wir nicht rasten und nicht zaudern, nicht Frieden und nicht Ruhe haben, sondern kämpfen um unsere Heimat.“

So nimmt die Sozialistenhege angeichts der bevorstehenden Wahl des Ministerpräsidenten immer schärfere Formen an. Soeben ist ein Blatkat angeschlagen worden, in dem die Bevölkerung zur Abwehr der Gefahr eines Ministeriums des Sozialdemokraten Auer aufgefordert wird. Das Deutsch-nationale Organ, die „München-Augsburger Abendzeitung“ schreibt hierzu: „Die Vereinigung irgend welcher bürgerlichen Parteien mit den Mehrheitssozialisten ist ausgeschlossen, und sie bedeutet eine ganz ungeheuerliche Mißachtung, um nicht zu sagen Verhöhnung des Willens der übergroßen Mehrheit des Volkes.“

Das Verschwörernest.

Ueber eine groß-politische Intrige, die neben den kleinen inneren Untrieben unreifer Elemente einhergeht und ebenfalls ihren Sitz in oder bei München hat, weiß die „B. Z. am Mittag“ folgendes zu berichten:

Es handelt sich um eine Bewegung, die ihren Sitz auf dem Schloß Neubauern in der Nähe von Rosenheim hat. Das Schloß, das der Gemahlin des Generals Herwarth von Bittenfeld, geb. Gräfin Dagenfeld, gehört, ist seit langem als Zusammenkunftsort einer Reihe von zum Teil hochgeborenen und selbst heute noch hochgestellten Persönlichkeiten bekannt. Auf diesem Schlosse laufen indes die Fäden des schon früher wiederholt ange deuteten hochpolitischen Planes zusammen, der auf eine Vereinigung von Bayern und Ungarn unter Einbeziehung Deutschösterreichs, auf die Schaffung einer süddeutsch-katholischen selbständigen Monarchie und auf die Restauration des Hauses Wittelsbach abzielt.

Es wird alles abgeleugnet.

Der bayerische Justizminister Roth erklärte in einer Münchener Versammlung, daß er weder den Kapitän Ehrhardt, noch den Oberst Bauer, noch den Hauptmann Papp

kenne, und daß daher die Mitteilung des preußischen Staatskommissars Weismann in ihrem ganzen Umfange frei erfunden sei. Der Münchener Polizeipräsident Boehner verteidigt sich gleichfalls aufs Leugnen. Er will weder Ehrhardt noch Oberst Bauer kennen, muß aber doch zugeben, daß der rechtssozialistische Abgeordnete Säger ein Strafverfahren gegen ihn anhängig gemacht hat wegen seiner Verbindung mit den Kappisten.

Im Ständigen Ausschuß des bayerischen Landtages gab der Staatssekretär Schweyer eine Erklärung ab, in der gesagt wird: Bei der gespannten Lage ist es vollständig begreiflich, wenn in der Öffentlichkeit große Erregung über die gestern vom Reichskanzler gemachten Darlegungen herrscht. Man hätte erwarten dürfen, daß man wenigstens nicht auf Kindermärchen, wie das angebliche Vorhandensein eines verschanzten Lagers in der Nähe Münchens und die Ueberwachung Ehrhardts durch bayerische Polizeibeamte hereinfällt. Der Staatsregierung sei von der Konferenz in Rosenheim nichts bekannt. Auf eine Anfrage erwiderte der Staatssekretär, ihm sei nicht bekannt, daß an dem allruffischen Kongress in Reichshall Bauer und Pabst teilgenommen haben.

Auf der Spur der Mörder.

Berlin, 16. September.

Wie das „Deutsche Abendblatt“ mitteilt, wurde bei der Verhaftung von a. Köber & v. Werner durch Kriminalbeamte eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Beamten durchsuchten sämtliche Geschäftsräume und beschlagnahmten eine große Menge von Papieren. Auf Befragen erklärten sie, daß ein Kapitänleutnant a. D. Egon v. Werner verdächtig sei, mit der Mordtatsache Erzberger in Verbindung zu stehen. v. Werner wurde von den Kriminalbeamten festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. In München wurde die Witwe eines Kaufmanns, der als Offizier im Kriege fiel, verhaftet. Sie soll an dem Verbrechen an Erzberger beteiligte Personen gewarnt haben.

Eine neue Zumutung stellt das Wolffsbureau an die Bevölkerung. Es drahtet aus München: Die bisher Verhafteten sind von der Brigade Ehrhardt gute Freunde und hatten des öfteren, um die Freundschaft weiterzupflegen, im Schuß- und Truhbund (11), dem sie angehörten, Zusammenkünfte. Am Mittwoch traf ein Bruder des flüchtigen Tillesen hier ein, um sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Er wohnte in einem hiesigen Hotel und trug sich auch mit seinem richtigen Namen ein. Das machte den Portier stuhig, weshalb er die Polizei von dem angeblichen Hiersein des Tillesen, nach dem gefahndet wird, verständigte. Der Bruder des Tillesen wurde nachts einer Kontrolle unterzogen, wobei sich herausstellte, daß die Annahme des Portiers unrichtig war.

Da wird also schon aus einer Verschwörersorganisation ein harmloser „Freundschaftsbund“ gemacht. Ein solcher Freundschaftsbund ist am Ende wohl auch der Deutsch-nationale Schuß- und Truhbund?

Eine Goldanleihe im Ausland?

Der Berliner „Botschafter“ hat in sensationeller Aufmachung die Nachricht gebracht, daß seit etwa 14 Tagen ein gewaltiges Projekt der Goldbeschaffung in Vorbereitung ist, über das unter den Beteiligten strengstes Stillschweigen vereinbart wurde. Nachdem dieses Stillschweigen jetzt schon vorzeitig durchbrochen ist, wollen wir den Plan in großen Zügen und unter Vermeidung der Bekanntgabe einzelner Punkte, deren Besprechung in der Öffentlichkeit nicht zweckmäßig erscheint, nachstehend mitteilen. Es handelt sich um nichts weniger als um die Aufnahme einer Privatgoldanleihe im Ausland, auf den Kredit der ganzen deutschen Wirtschaft, besonders der Industrie und der Landwirtschaft. Mit dieser Goldanleihe will man einmal die Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen auf Jahr und Tag hinaus schieben und vom Devisenmarkt unabhängig machen. Zum andern will man gegen das maßlose Treiben der Devisenspekulation einen festen Damm aufwerfen. Der Reichspräsident Ebert nahm Gelegenheit, die Führer der Sozialdemokratie auf das Projekt aufmerksam zu machen. Außerdem wurden hervorragende deutsche Finanzleute zur Begutachtung des Entwurfes herangezogen. Am Sonntagabend sind 40 Herren der deutschen Bankwelt zu den Beratungen eingeladen.

Zweifellos würde man durch eine Goldbeschaffung im großen Stil den geradezu katastrophalen Niedergang des deutschen Marktes aufhalten und sie bald zu neuem Steigen bringen lassen. Aber auch auf die Steuerfrage hat das Projekt tief einschneidenden Einfluß. Eine Revisionierung des Steuerproblems dürfte daher als unausweichliche Notwendigkeit herausstellen.

Zum Parteitag.

Dr. L. Lübeck, 17. September.

Morgen nimmt der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie seinen Anfang. Selten hat eine Jahresversammlung unserer Partei solche Schatten vorausgeworfen, oder auch solche Erwartungen entzündet wie die bevorstehende. Seit Monaten füllen die Erörterungen über Görlitz die Spalten der Parteipresse, und seit Monaten wird auch die bürgerliche Presse nicht müde, sich in Vermutungen zu ergehen über den voraussichtlichen Verlauf der Diskussion, über den Inhalt der zu erwartenden Beschlüsse.

Die Sozialdemokratie am Scheidewege, das ist die Etikette, die nichtsozialistische Schriftsteller im voraus dem Görlitzer Parteitag immer wieder aufgedrückt haben. Und die Hoffnung, die man auf die bevorstehende MAuserung der größten sozialistischen Partei im bürgerlichen Lager gesetzt hat, sind groß und freudig, oder besser gesagt, sie waren es bis vor wenigen Wochen. Görlitz sollte das Damaskus der Sozialdemokratie werden.

Und in der Tat, es wäre für das bequeme Bürgertum eine große Herzensleichterung gewesen, wenn die führende proletarische Partei ihre alte drohende Kampfstellung aufgegeben hätte, um nach und nach im bürgerlichen Kuddelmuddel zu verschwinden. Von diesem Standpunkte aus sind die beschwörenden Lockköne eines Georg Bernhardt und eines Julius Wolff zu beurteilen, die in langen Artikeln den ersten Programmentwurf des Parteivorstandes als die einzig mögliche Umstellung des alten und überlebten Erfurter Programms bezeichneten.

Die Programmänderung; damit ist der Punkt ange schnitten, der ideell und tatsächlich das Wichtigste ist, worüber Görlitz zu entscheiden haben wird, daneben steht allerdings, beinahe ebenso bedeutungsvoll und in seiner akuten Auswirkung vielleicht noch tiefgehender: die Frage der Einigung mit der U. S. P.

Görlitz soll also für die Partei Gotha und Erfurt zugleich werden. Wir sagen es soll; denn wir glauben nicht, daß Görlitz tatsächlich diese beiden Punkte reiflos klären kann und wird, und daß es deshalb keinesfalls die Bedeutung haben wird, wie sie Gotha oder Erfurt hatten, oder gar wie beide zusammen.

Das liegt in der Natur der Sache begründet. Der Programmentwurf ist allerorts abgelehnt worden; eben weil er zu viele Konzessionen machte an jene, die das Erfurter Programm als völlig überlebt ansehen, weil er allzusehr die Wege unserer alten und erfolgreichen Kämpfer verlassen hat. Der neue aber, der geändert ist, ist weiter nichts, konnte in der kurzen Zeit auch nichts anderes werden, als eine Neuaufgabe des ersten mit einigen Schönheitspflasterchen, vor allem mit dem Zusatz der alten Klassenkampfordnung. Als ob die äußerliche Hinzufügung eines Satzes, der den Klassenkampf erwähnt, innerlich etwas ändern würde! Doch nur der Geist, der tragende und innere Geist, ist für ein Programm das Wichtigste. Es gehört also kein großer politischer Prophetenblick dazu, um vorauszu sehen, daß Görlitz das neue Programm nicht liefern wird.

Zum andern aber, zur Frage der Einigung, sind ganz ähnliche Feststellungen zu machen. Görlitz wird nur die vielen Beschlüsse einzelner Ortsgruppen unterkreuzen können, daß die Einigung mit allen Kräften zu erstreben ist, und daß von unserer Seite alles geschehen muß, um die Hindernisse wegzuräumen. An einzelnen Unstimmigkeiten und Widerständen darf diese gewaltige Herzenssache der proletarischen Millionen nicht scheitern.

Von diesem Punkte aus gesehen, und von überhörender Warte aus, zerfallen die beiden genannten Aufgaben in eine.

Für das neue Programm wird Görlitz nichts weiter festlegen können, als die großensichtlinien; man wird den Entwurf des Parteivorstandes ablehnen und ganz andere Wege weisen. Man wird auf keinen Fall zugeben, daß die ökonomischen Theorien des Erfurter Programmes über Bord geworfen werden; man wird auf keinen Fall zugeben, daß revisionistische Ideen, wie sie von bürgerlicher Seite uns immer wieder mundgerecht gemacht werden, sich einschleichen.

Die Folge solch entschiedener und unzweideutiger Beschlüsse wird sein, daß der proletarischen Einigung mehr gedient wird, als mit tausend Reden; daß die U. S. P., wenn sie nicht eigenfönnig in ihrer Sackgasse zugrunde gehen will, sich wieder mit uns vereinigen muß. Und eine weitere Folge wird sein, daß in den nächsten Jahren nicht mehr so viel über Koalitionen mit der Volkspartei zu reden sein wird. Denn der Kurs nach Görlitz wird voraussichtlich der Volkspartei so in die Glieder fahren, daß sie ihre Unteuerungsvorläufe für lange Zeit aufgibt.

So hat der Parteitag, so wenig einschneidende Beschlüsse er wahrscheinlich fassen wird, die Mission, der inneren Gesundung der Arbeiterbewegung gewaltige Kräfte zuzuführen. Er hat vorzuarbeiten für einen kommenden Parteitag, der das Programm festlegen muß, und der die Einigung proklamieren wird. Er hat unsern unzweideutigen Willen aller Welt kundzutun, das zu bleiben, was wir immer gewesen sind: eine proletarische Kampfpartei; er hat

zu zeigen, daß drei Jahre Kompromißpolitik nicht an unser Herz gerührt hat, daß wir nach wie vor nur ein Ziel haben: die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln des Kapitalismus durch den Sozialismus! Die Ueberwindung der Klassengegensätze durch die Beseitigung der Klassen!

Möge der Görtlicher Tagung der Erfolg beschieden sein, den alle ehrliche Proletariat ihr wünschen. Und möge sie in unserer Partei eine neue Zeitspanne stetiger Aufwärtsentwicklung, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, eröffnen.

Mit uns das Volk.

Der Kampf um die Sanktionen.

Die Sanktionierung der Aushebung der Sanktionen im Rheinland hat, wie wir zuverlässig erfahren, ihren Grund darin, daß Frankreich mit der Ausarbeitung der zukünftigen Kontrollmaßnahmen noch nicht fertig geworden ist. Welcher Art diese Kontrollmaßnahmen sein werden, darüber sind bis jetzt nur einige lauge Nachrichten durchgedrungen. Wie wir jedoch feststellen konnten, sind die französischen Ansprüche vermagend weitgehend, daß sie nicht allein das rheinische, sondern sogar das gesamte deutsche Wirtschaftsleben unter die Kontrolle Frankreichs bringen würden. Ein Gewährung des „Sozialdemokratischen Parlaments-Dienstes“ hat Einblick in den französischen Entwurf zum Vorschein, und es kommt hier, daß es die schlimmsten Verletzungen übertrifft. Wenn die französischen Wünsche Wirklichkeit würden, so wäre Deutschland wirtschaftlich auf Gnade und Ungnade den Franzosen ausgeliefert.

Der internationale Gerichtshof.

Am 17. September. In der gestrigen Sitzung wurde die allgemeine Erörterung des Berichtes über die Tätigkeit des Rates beendet. Als vierter Richter für den internationalen Gerichtshof wurde Buchmann (Norwegen) gewählt. Die Regierungsoberhäupter aller Staaten sollen telegraphisch von der erfolgten Bildung des internationalen Gerichtshofes benachrichtigt werden.

Loucheur

über die Wiesbadener Verhandlungen.

Paris, 16. September.

In der Sitzung der Finanzkommission der Kammer gab Loucheur, wie der „Matin“ mitteilt, einen Überblick über die Wiesbadener Verhandlungen und beantwortete außerdem noch verschiedene Fragen von Mitgliedern der Kommission. Er beschäftigte sich besonders mit dem Falle, daß Deutschland zahlungsunfähig werden sollte. Sollte diese Möglichkeit eintreten, dann würde Frankreich die Zollkontrolle bezüglich der deutschen Ein- und Ausfuhr übernehmen. Loucheur teilte auch mit, daß das Wiesbadener Abkommen in den Vereinigten Staaten und Belgien bereits eine günstige Aufnahme gefunden hat. England, das sich bisher dieser Politik grundsätzlich feindlich zeigte, scheint heute, da es besser informiert sei, seinerseits eine Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu fürchten und geneigt zu sein, mit Frankreich eine Garantiepolitik durchzuführen. Jedenfalls sei das Wiesbadener Abkommen wichtig. Es scheint für die Interessen Frankreichs günstig zu sein, daß die Regierung vom Parlament die Ratifikation des Abkommens verlange. Frankreich wolle handeln, mit den Alliierten, oder auch allein.

Caillaux über den Versailler Vertrag.

Paris, 16. September.

Caillaux hat laut „Solaire“ einem Journalisten aus Uruguay über den Versailler Vertrag sein Urteil gegeben. Er erklärt: Der Versailler Vertrag ist nach meiner Meinung mehr ein Waffenstillstandsvertrag. Er beschränkt Clemenceau, mit der „Action française“, dem bekannten monarchistischen Organ, und der Reaktion gemeinsame Sache gemacht zu haben. Ueber die Frage, ob Deutschland allein für den Kriegsausbruch verantwortlich sei, wolle er sich nicht auslassen, so lange nicht alle Archive geöffnet sind. Er erinnere an die Spannung von 1911 zwischen Frankreich und Deutschland, die wegen der Marokkoinzidenz zu Wien war, als die Krise von 1914. Caillaux sprach von Chauvinismus, arglosen Regierungen und großen Wirtschaftskräften, die zum Kriege geführt haben. Am Schluß seines Interwiews forderte er zur internationalen Zusammenarbeit auf.

Eine polnische Note an Rußland.

W. Warschau, 16. September. Der polnische Gesandte in Moskau, Philippowitsch, hat gestern dem Volkskommissar Schlichterin eine Verbainnote überreicht, in der die polnische Regierung mit Beharrlichkeit festhält, daß die Sowjetregierung ihre aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen bisher in keiner Weise erfüllt haben. Es befinden sich noch 10.000 Gefangene und 300.000 Geiseln in russischen Konzentrationslagern. Die Polen fordern bis zum 1. Oktober: 1. Erlassung aller Gefangenen und Geiseln und Erfüllung der Abmachungen über die Reparation. 2. Leistung der ersten Rate der im Vertrage vorgesehenen Zahlungen. 3. Sofortiger Zusammentritt der Reparationskommission und Einleitung der Beschleunigung polnischen Eigentums.

Verstärkung der irischen Krise.

London, 16. September. (Reuter.)

In der Antwort an de Valera erklärt Lloyd George, daß er sich, da de Valera auf Anerkennung der irischen Souveränität besteht, genötigt sehe, die Vorbereitungen für die englisch-irische Konferenz für die nächste Woche in London zu widerrufen. Er wolle das Kabinett über die nun notwendigen Schritte beraten. Lloyd George erklärte u. a.: Wenn wir die Konferenz mit Ihrem Vertreter auf der von Ihnen geforderten Grundlage annehmen würden, würde das bedeuten, daß die britische Regierung die Abtrennung Irlands vom Britischen Reich und das Befehlen der Unabhängigkeit der irischen Republik anzuerkennen. Dies würde Ihnen ermöglichen zu erklären, daß Irland das Recht zugehört, anstatt im Verband des Britischen Reiches von sich aus mit irgend einer anderen auswärtigen

Macht engere Verbindungen einzugehen. Die großen Zustände, die die britische Regierung den Empfindungen der Irländer machte, um eine dauerhafte Regelung zu sichern, hätten meiner Ansicht nach eine großzügigere Antwort verdient, aber bisher waren nur wir es, die Zustände machten.

Aus Dublin wird gemeldet, daß eine irische Mission nach England gefahren sei, um dem Premierminister privatim eine Botschaft zu überbringen. Die irischen Führer würden sich auf einer Konferenz bereit erklären, der englischen Krone Treue zu geloben.

Die Hilfsaktion für Rußland.

Der internationale Hilfsausschuß für Rußland in Paris beschloß einstimmig auf Grund des ihm vom Obersten Rat anvertrauten Mandats einen Aufruf an alle Staaten zu erlassen, die bereit sind, sich an dem Liebeswerk für die hungernden Russen zu beteiligen. Er legte einen Unterausschuß ein, der eine Note an alle Mächte absendet, um sie zur Beratung über die Hilfsmaßnahmen für den 6. Oktober nach Brüssel einzuladen. Zu dem Kongreß werden außer den in der Kommission vertretenen Staaten die neutralen Mächte, Deutschland und die an Rußland grenzenden Länder eingeladen.

Zeitungs- und Redeverbote.

Der nationalsozialistische Volksbeobachter und das Gothaer Volksblatt wurden verboten. Dem Führer der Deutschnationalen, Hergt, wurde verboten, in einer am heutigen Sonnabend in Braunschweig angelegten Versammlung zu sprechen. — Verboten ferner die in Berlin erscheinende Wochenschrift „Die Tradition“ für die Zeit vom 16. bis 29. September d. Js. Die „Rote Fahne“ ist auch unter ihrem dritten Titel „Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei“ beschlagnahmt worden. Die kommunistische Bergische Volksstimme wurde auf 3 Tage verboten.

Waffenbeschlagnahme in Breslau.

Breslau, 16. September.

Nach einer Meldung der Breslauer „Volkswacht“ sind sechs Laftautomobile mit Waffen und Munition beschlagnahmt worden, ebenso ein Personenauto, in dem der Stab dieser Kolonne sich befand. Sämtliche beteiligten Personen sind verhaftet worden.

Her mit den Goldwerten.

Der Reichsverband der deutschen Industrie ist der Meinung, daß, nachdem das Ultimatum angenommen worden sei, alle Kräfte angezogen werden müssen, um zu einer Erfüllung des Ultimatus beizutragen. Man rechnet damit, daß es der Industrie möglich sein würde, etwa 1 bis 1 1/2 Milliarden Goldmark aufzubringen und dadurch der Inflation auf dem Geldmarkt gleichzeitig Einhalt zu tun. Man erhofft außerdem von dieser Aktion der Industrie eine Unterbindung der jetzt durch die fortgeschrittenen Devisenankäufe des Reiches geschaffenen katastrophalen Lage der deutschen Valuta.

Dazu wird uns von zuständiger Seite berichtet:

Durch die Presse gehen neuerdings Mitteilungen, nach denen der Reichshandelsrat zwecks Erfüllung der Reparationspflichten mit der Industrie in Verhandlungen getreten ist. Schon die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat haben gezeigt, daß gewisse Kräfte an der Arbeit sind, um den Plan der Erfassung der Goldwerte des Reichswirtschaftsministeriums zu verwirklichen. Wie jetzt verlautet, suchen die Befürworter der Sach- und Goldwerte durch Vereinfachung von Devisen der Erfassung der Goldwerte zu entgegen.

Dem gegenüber müssen wir darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie nach wie vor auf der bekannten Auffassung beharrt. Erfassung der Goldwerte beharrt. Auch die Bereitstellung von Devisen liefert keinen Ausgleich des Stais, sondern sollten tatsächlich 1 1/2 Milliarden in Devisen bereitgestellt werden, so würden diese in Wirklichkeit nur die Einkünfte der bereits jetzt vorgelegenen Steuern vertilgen. Selbstverständlich läßt sich über die Durchführung der Goldwertenerfassung reden, nicht aber über das Problem an sich. Wie gesagt, beharrt die Sozialdemokratie nach wie vor auf der Verwirklichung der Pläne des Reichswirtschaftsministers.

Herzinglyefallene Ankläger.

Im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages wurde am Donnerstag zuerst über die großen Diebstähle im Leunawerk verhandelt. Die Kontrolle durch die Prüfer wurde zum Anlaß genommen, einen Konflikt heraufzubekommen, dem tatsächlich politische Motive zugrunde lagen. Bei Stellung der Holzdielen wurden die Prüfer am 9. März und später fortgesetzt verprügelt. Die Feststellung der Mangelhaftigkeit des Aufsichtspersonals führte zur Steigerung der Diebstähle. In großen Mengen wurde nicht nur Holz, sondern auch Blei, Quecksilber usw. besonders nach Halle weggeschafft.

In der Nachmittagsitzung wurde der Oberpräsident Hörsing weitervernommen. Der in seiner Begleitung erschienene Oberregierungsrat Freising hatte ein umfangreiches Aktenmaterial mitgebracht. Und nun traten die gegen Hörsing erhobenen Anklagen Punkt für Punkt zusammen. Schon bei dem Thema der „roten Armee“ zeigte sich die völlige Unzuverlässigkeit der Aussagen des Regierungspräsidenten v. Gersdorff, eines der Kronzeugen der Rechten. Die Anklagen gegen Hörsing beruhen auf den Angaben untergeordneter Beamter, die sich offenbar getränkt fühlten, weil man sie nicht mit ins Vertrauen gezogen hat. Richtig ging es der Rechten auch in der Angelegenheit der „Spiegelzentrale“. Nichts bewahrheitete sich davon, daß Hörsing selbst mit der Spiegelzentrale im Verkehr gestanden und sie an die Rechten weiter empfohlen hat. Es ergab sich weiter, daß bei den Dokumentenänderungen in Halle das Befehlen einer illegalen Zeitschriftensammlung unter Beihilfe amtlicher Reichsweghelfer erweist wurde, die dann im Auftrag vom März noch eine besondere Rolle gespielt hat. In eindeutiger Weise trat Oberpräsident Hörsing für seine Beamten ein, die im März fast 50 Tote zu beklagen hatten. Die Schuld an den Missetatungen in Halle trifft allein den früheren militärischen Kommandanten, einen obigen Oberst, der unter Anweisung seines direkten Vorgesetzten, des Polizeidirektors Döhl, trotz wiederholter gegenständlicher Anweisung zur Zeit der Regimentspräsidenten v. Gersdorff verhandelt und sich um den Polizeidirektor einsetzte.

klammert hat. Dieser Herr hat es auch fertig gebracht, anlässlich des mitteldeutschen Aufstandes gegen ausdrückliches Verbot eine Zeitschriftensammlung aus Studenten und Offizieren aufzustellen. Die Hunderttausend, die diese angegliedert waren, hat sich besonders durch Brutalitäten und Uebergriffe hervorgetan; gegen eine Anzahl Zeitschriftlicher schwaben Verhaftungen. Zum Schluß kam der sogenannte „Münchener Laß“ des Majors Folte heran, auch hier völliger Hinzufall der Rechten. Nicht nur bestiegte sich wieder, daß Major Folte als Unterorgan des Entwaffnungskommissars vollkommen rechtmäßig gehandelt hat, als er für Ablieferung Straffreiheit nach dem Entwaffnungsgefehl versprach, sondern es stellte sich noch weiter heraus: Der deutschnationale Regierungspräsident v. Gersdorff als Bezirksentwaffnungskommissar hatte Folte ursprünglich nicht nur beauftragt, Straffreiheit für Waffenablieferung zuzusichern, sondern sogar hohe Begehungen an die Ueberbringer zu zahlen. Das letztere ist nur durch die Intervention Hörsings, der dienlich mit der Angelegenheit nichts zu tun hatte, verhindert worden. Das über die ständige Verhör des Oberpräsidenten bedeutete eine vollkommene Vernichtung der deutschnationalen Anklagen.

Nationalistischer Flaggenstreifen.

Die Rechtspresse jubelt wieder einmal über einen fetten Bissen, der ihm von der Hamburg-Amerika-Linie zugeworfen wird. Eine Reihe Telegramme aus Südamerika soll beweisen, daß die schwarz-weiß-rote Flagge allein nur für Deutschland und die Deutschen im Ausland maßgebend sein könne. Der Bluff, den die Nationalisten wieder unternehmen, ist zu durchsichtig. Wir haben schon am 23. Juni d. J. im Volksboten nachgewiesen, wer jene Kreise sind, die ihre Macht im Ausland benutzen, um der Freiheitlichen Entwicklung des Vaterlandes zu schaden. Es sind, wie damals selbst die rechtsdemokratische „Voss. Ztg.“ schrieb, konservativ gerichtete Redeer, Handelsherren und Großgrundbesitzer Südamerikas, die Kraft ihres Geldes jedes monarchistische Propaganda betreiben. Diese Herren üben unter den Deutschen im Ausland eine wahre Schreckensherrschaft aus, ja sie haben sogar eine Verbindung geschaffen, mit der jeder demokratisch-republikanisch gesinnte Landsmann mit wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Boykott bedroht wird. In Buenos Aires ist die Zentrale, die auch Geld für Rechtsputsche sammelt. Daß die Libération und die Zeitung für diese Rückstrotzer eintreten, braucht kaum besonders erwähnt zu werden. All diese Chauvinisten segeln unter falscher Flagge und versuchen, das Volk in der Heimat zu irritieren. Daß es aber außer diesen Geldsackpatrioten noch freischützig gesinnte Deutsche im Ausland gibt, zeigt folgendes Telegramm, das der Vorwärts aus Buenos Aires erhielt:

Sozialdemokrat Berlin.

Im Vereinshaus „Vorwärts“, Buenos Aires, versammelte deutsche Republikaner sichern der deutschen Regierung ihre Unterstützung im Kampfe gegen monarchistische Umtriebe zu. gez. Greifenberg.

Wie der Vorwärts dazu bemerkt, handelt es sich bei den monarchistischen Propagandisten im Ausland vielfach auch um ausgewanderte Offiziere, die, statt des Volkes Räte mitzutragen, es jetzt durch Propagierung der schamlosen Dolchstoßlüge, im Ausland beschimpfen und sie suchen mit allen Mitteln der alldemokratischen Verleumdungskunst das eigene Land, seine neue Staatsform, seine neuen Hoheitszeichen verächtlich zu machen und versuchen, Hand an Hand mit ihren bisherigen Gesinnungsgenossen durch lärmende Kundgebungen den Eindruck zu erwecken, als ob das Auslandsdeutschtum sich niemals mit den neuen Zuständen in der Heimat versöhnen würde. Wir könnten eigentlich froh sein, daß wir wenigstens diese Menschen los sind, wenn sie nicht dazu beitragen würden, neuen Haß gegen Deutschland zu säen.

1. Sozialdemokratische Wohlfahrtstagung.

Görtlich, 15. September 1921.

Den Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitages in Görtlich geht als 1. Veranstaltung eine besondere Wohlfahrtstagung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt voraus, eine Veranstaltung wie sie in dieser Form zum ersten Male von der Partei organisiert worden ist. Zu der heutigen Tagung hatten sich über 200 Delegierte und Gäste eingefunden, darunter auch zahlreiche Vertreter von Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechtes.

Der Saal des „Livol“, in dem die Tagung stattfindet, ist schlicht mit Blumen geschmückt. Ueber der Bühne leuchtet in großen Buchstaben Goethes Wort: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“ Pünktlich um 10 Uhr eröffnet die Vorsitzende des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, Frau Marie Tugaz die Tagung mit kurzen Begrüßungsworten.

Ministerialdirektor Dr. Kahrstedt vom Reichsarbeitsministerium und Frau Wilhelmine Kähler im Namen des Reichswirtschaftsministeriums geben den guten Wünschen der Reichsregierung für den Erfolg der Tagung Ausdruck. Dr. Kahrstedt weist besonders auf den wahnstimmigen Luzus hin, der sich namentlich in den Badeorten immer mehr breit mache, während in weiten Arbeiterwohlfahrt das größte Elend herrsche. Hier sei es Aufgabe aller Wohlfahrtseinrichtungen, in allen Volksgenossen das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gedeihen des Volkes zu wecken und zu stärken. Auch Frau Kähler betont die Notwendigkeit einer einheitlich arbeitenden Wohlfahrtspflege, um die Volksgesundheit wieder herzustellen und die Spuren der Not und des Krieges allmählich zu verwischen. — Im Namen der Stadt Görtlich bieten Medizinalrat Dr. Herford als Vertreter des Magistrats und Stadtrat Lorge als Vertreter des städtischen Wohlfahrtsamtes das Willkommen.

Darauf hielt Frau Helene Simon-Schwelm zum ersten Punkte der Tagesordnung ein groß angelegtes Referat über die Aufgaben und Ziele der modernen Wohlfahrtspflege. Die moderne Wohlfahrtspflege wurzelt in der allmählichen Erziehung der Armen durch die Verhütung der Klassenarmut unter Ausschaltung armenrechtlicher, strafrechtlicher und polizeilicher Gesichtspunkte. Die moderne Wohlfahrtspflege erstrebe die zur allgemeinen Gesundheit und Leistungsfähigkeit erforderliche Lebenshaltung aller Volksgenossen. Sie sei ihrer Natur nach unpolitisch, wenn auch ihre Ausgestaltung und das Tempo der Erfüllung von politischen Voraussetzungen abhängig. An die Stelle der Frage nach Würdigkeit und Unwürdigkeit müsse die Frage nach Heilbarkeit und Unheilbarkeit treten. Der Heilbare sei zu

heilen, der Unheilbare zu versorgen oder unschädlich zu machen. Der Leistungslohn sei eine Forderung der Gerechtigkeit. Die Wohlfahrtspflege habe einen Ausgleich für den Leistungslohn je nach Alter, Familienstand und geminderter Leistungsfähigkeit zu schaffen. Die Wohlfahrtspflege im allgemeinen Sinne umfasse die Summe der vorbeugenden, heilenden und versorgenden, der gesundheitslichen, der mütterlich-rechtlichen, der jugendrechtlichen, der arbeiterrechtlichen und elternrechtlichen Maßnahmen, die erforderlich wären, um die Gesamtheit des Volkes in gute körperliche, geistige und sittliche Gesundheit zu bringen. Eine strenge Scheidung von Volkswohlfahrtspflege und Sozialpolitik sei nicht möglich.

Die allgemeine Aufgabe der Wohlfahrtspflege liege in der Bekämpfung der Ursachen der Not und der Verhütung körperlicher, geistiger und sittlicher Vererbung. Ursache der Armut seien Arbeitsmangel und Arbeitsunfähigkeit. Der Arbeitsmangel sei im wesentlichen ein Problem der Wirtschaft und der Organisation der Arbeit. Grundlage zur Verhütung der Arbeitsunfähigkeit sei das Gesundheitswesen. Die Wohlfahrtspflege müsse als wirtschaftliche Leistung bewertet werden. Die Jugendpflege sei in der Form eines Anmündigkeitsgesetzes von der Geburt bis zur Mündigkeit einheitlich zu regeln. Aufgabe der Wirtschaftsorganisationen bezüglich der Arbeitsbeschaffung sei es, die Arbeitslosigkeit auf die Fälle einzuschränken, die gesellschaftlich unvermeidlich und persönlich unverschuldet seien. Für alle Arbeitsfähigen gelte als Grundsatz die Arbeitspflicht. Je nach der Ursache der Arbeitslosigkeit müsse sie wohlfahrtspflegerisch behandelt werden. Arbeitsunfähige ältere Leute seien angemessen zu versorgen. Die Wohlfahrtspflege könne zur Verhütung der Arbeitslosigkeit mehr beitragen als die Strafe. Die Durchführung der Wohlfahrtspflege habe zu geschehen durch Verhütung und Fürsorge, durch umgehende Hilfe am Aufenthaltsort, durch Familienfürsorge, durch Wohlfahrtsstellen für Arbeiterinnen und durch den Ausbau der gesamten Wohlfahrtspflege im Sinne der Verhütung, Heilung und Versorgung.

Die Ausführungen der Rednerin fanden lebhaften Beifall. Im Anschluß an ihr Referat sprach Bürgermeister Dr. Caspari-Brandenburg über die gesetzlichen Grundlagen und den organisatorischen Aufbau der Wohlfahrtspflege. Caspari bezeichnete als Wohlfahrtspflege die Summe aller Bestrebungen, die dahin gehen, auf Grund rechtlicher Ansprüche durch vorbeugende, heilende und versorgende Maßnahmen, die Allgemeinheit zu fördern. Durch die Förderung des Individuums schaffe und fördere die Wohlfahrtspflege den Schutz der Allgemeinheit. Die Wohlfahrtspflege dürfe sich nicht auf freiwillige Leistungen beschränken, sondern müsse sich durchgängig auf das Recht gründen. Es gelte an Individuen zu arbeiten um Segen der Gesellschaft. Bei der Tuberkulose z. B. müsse neben dem Schutz für die Tuberkulösen ein Schutz der Gesellschaft gegen den Tuberkulösen geschaffen werden: gegebenenfalls müsse der Tuberkulöse auch gegen seinen Willen aus seiner Umgebung entfernt werden. Man dürfe nicht den Gedanken aufkommen lassen, als ob der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt und seine Orts- und Bezirksausschüsse Wohltätigkeitsvereine wären. Die Wohlfahrtspflege der Sozialdemokratie spräche nicht aus dem Boden der landläufigen Charitas. Der Altruismus gehöre zum Begriff der Wohlfahrtspflege. Wir wären nicht Sozialdemokraten, wenn wir nicht im Schutze der Schwachen ein Aulürerement erblickten. Die Wohlfahrtspflege muß von Staatswegen zur Wissenschaft erhoben werden. Bei allen Forderungen müsse man sich darüber klar sein, daß man sie nur durchsetzen könne, wenn man die politische Macht habe. Wir müssen also kämpfen um das Erreichbare durchzusetzen. Auch für vorbeugende und heilende Momente muß der Rechtsboden gefunden werden. Bedauerlicherweise hat man bisher versäumt, ein Reichswohlfahrtsministerium zu schaffen. Bei den kommunalen Wohlfahrtsämtern ist durch die Initiative und den Einfluß der Sozialdemokratie schon viel erreicht worden. Zur Deckung der Kosten der Wohlfahrtspflege ist es notwendig, daß die Reichsregierung durch vernünftige Steuergesetze die Möglichkeit gibt, den Luxus und das Schlemmerleben zu erfassen. Bei solchen Maßnahmen wird die Arbeiterschaft sich geschlossen hinter der Regierung finden. Die Gewerkschaften müssen, wie sie in letzter Zeit für Rußland eingetreten sind, auch für Deutschland eintreten und praktischen Sozialismus treiben. Die Sozialdemokratie ist berufen, Menschen im Dienste der Wohlfahrtspflege heranzubilden. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion über die beiden Referate findet gemeinsam statt. Henry Lehmann hält es für bedenklich, daß der Entwurf des Verwahrungsgesetzes den Armenbehörden das Recht zuteilt, Anträge auf Verwahrung zu stellen. Dieses Recht werde allzu leicht unbehaglichen Personen gegenüber angewandt werden. Hingegen fehle eine Sonderbestimmung bezüglich der gemeingefährlichen Trinker. — Bürgermeister Kleis befreit gegenüber Frau Simon, daß es Aufgabe der Wohlfahrtspflege sein könne, die Klassenarbeit zu überwinden. Das sei Aufgabe der sozialistischen Bewegung. Die Wohlfahrtspflege könne nur in den Fällen eingreifen, in denen sozialpolitische Maßnahmen noch nicht ergriffen seien. Notwendig sei die einheitliche Organisation der Wohlfahrtspflege im ganzen Reich. — Als Vertreterin der organisierten Witwen und Waisen Deutschlands erhebt Frau Lübbert Einspruch dagegen, daß diese bisher noch immer der Armenpflege unterstehen. — Ernst Schulze vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund weist die Angriffe des Referenten Dr. Caspari auf die Gewerkschaften zurück. Der Gewerkschaftsbund habe nicht nur den hungernden Rußen geholfen, sondern auch für die Notleidenden in Deutschland schon vorher alles getan, was in seinen Kräften stand. — Schwester Lotte Müller-Hörde betont die Notwendigkeit der Aufklärung innerhalb der eigenen Partei, besonders in der Behandlung der unehelichen Mütter. — Frau Schröder-Altona bringt eine Entschuldigungsrede ein, welche die Weiterbeschäftigung der weiblichen Beamten und Reichsangehörigen fordert, die Mütter werden. Gerade durch die Arbeit könnten diese Frauen vor großem Unglück bewahrt werden. (Beifall.) — Landtagsabgeordnete Frau Ge-Franfurt a. M. bittet um die Mitarbeiterschaft der gesamten Wohlfahrtspfleger beim Kampfe um das Hebammergesetz und die Krüppelfürsorge. — Mohs-Berlin klagt über Bürokratismus und unnütze Schreibarbeit in der Wohlfahrtspflege und empfiehlt Sparsamkeit beim Aufbau der Organisation. — Schindler-Stuttgart spricht sein Bedauern über die Bestimmung im Jugendwohlfahrtsgesetz aus, wonach bei der Wohlfahrtspflege in Anstalten und in der Familie das Glaubensbekenntnis zu berücksichtigen sei. — Sarz-Königsberg: Wir Frauen sollten in der Wohlfahrtspflege tätig mitwirken. Das Theoretisieren können wir

den Männern überlassen. — Frau Dollschel-München fordert schnelle Schaffung des Reichswohlfahrts- und des Reichsjugendgesetzes. — Henke-Berlin fordert eine alkoholgegenwärtige Gesetzgebung. — Franz-Chemnitz: Die Gewerkschaften werden jede Durchbrechung des Achtstundentages entschieden bekämpfen. — Hildau-Berlin: Die Reichsregierung muß die Wohlfahrtspflege die Arbeiter ein. Wir brauchen praktische Wohlfahrtsarbeit. — Frau Wachenheim-Berlin: Die Mittel für die Wohlfahrtspflege aufzubringen, ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, sondern Pflicht des Staates und der Besitzenden. Die freie Wohlfahrtspflege muß abgebaut und die gesetzlich gesicherte Wohlfahrtspflege geschaffen werden. — Mehrere Rednerinnen betonen den hohen Wert der Wohlfahrtspflege. — Sämtliche vorliegenden Anträge werden dem Resolutionsausschuß überwiesen.

Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Schwere Finanzsorgen. — Das Anwachsen der Reparationsleistungen. — Export und innerer Markt unter dem Einfluß der Geldentwertung. — Steigerung der Industriekosten. — Konzentration der Vermögen. — Lohnkämpfe und Preissteigerungen.

Das lebhafteste Interesse wendet sich in den letzten Wochen der sprunghaft fortschreitenden Entwertung der Mark zu. In einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum sind wir wieder auf den niedrigsten Stand der Mark gekommen, den sie jemals im Vergleich zum Dollar erlangt hat. Bei einem Kurs von 102 und 103 Mark für den Dollar ist die Entwertung der Mark wiederum auf annähernd 4 Pfennig angelangt. Der Stand der übrigen Zahlungsmittel ist von der Entwicklung des Dollarkurses mitgerissen, wenn auch nicht in dem Maße, wie ihn der Dollar zum Ausdruck bringt.

Was bedeutet diese Schwächung unserer Zahlungsmittel? Vorübergehend für die Industrie eine günstige Chance der Ausfuhr und damit eine Belebung in der Erteilung von Aufträgen. Von demjenigen, der die Folgen dieser Entwicklung in ihrem weiteren Ausmaß beurteilt, wird diese Erscheinung nicht mit Freude begrüßt. Im Ausland wird die Konkurrenz der deutschen Industrie mit steigendem Unmut wahrgenommen. Es mehren sich bereits wieder die Abwehrmaßnahmen, um der Überflutung mit deutschen Waren Einhalt zu gebieten. Der Gewinn, im Augenblick von der Entwertung unseres Geldes einen Vorteil zu haben, ist ein höchst trügerischer, er wird uns in kommenden Zeiten eine Erschwerung unseres Handelsverkehrs einbringen. Eine Rückwärtsentwicklung unseres Handelsverkehrs ist in der Regel sehr schwer zu erlangen, und somit steht uns nach Abschluß jener künstlichen Periode eines Außenhandelsaufschwungs nur eine um so stärkere Drosselung unseres Verkehrs bevor, die noch fühlbarer wird, wenn der Dollarkurs wieder abwärts geht.

Gehen wir den Ursachen dieser wilden Spekulationen an der Börse nach, so wäre es verfehlt, das Abwärtsgehen der Mark zurück auf Börsenmanipulationen zurückzuführen. Börsenmanipulationen haben in der Regel, wie auch hier, eine gewisse reale Unterlage. Unstreitbar haben die enormen Reparationsleistungen, die uns zwingen, innerhalb eines kurzen Zeitraumes 1 Milliarde in Gold auszubringen, davon einen erheblichen Teil in Dollarwerten, dazu beigetragen, die Unsicherheit in unserer Währung zu steigern. Es ist ganz natürlich, daß in dem Augenblick, wo eine große Nachfrage nach Dollarbeizeln getätigt wird, der Kurs des Dollars in die Höhe gehen muß. In solcher Situation setzt die Spekulation ein und erhofft von der Aufnahme größerer Dollarbestände ein weiteres Hinabsinken der Mark und damit einen Gewinn aus ihren Transaktionen. Dazu kommt, daß diejenigen, die ausländische Zahlungsmittel im Besitze haben, sei es in Wechseln oder anderer Form, in der Abgabe zurückhalten. Das unglaublich Löbliche der Entente, bei den Reparationsleistungen die Zahlung in Dollarbeizeln zu fordern, wird an ihnen selbst zum Verderben. Die amerikanischen Finanzkreise sind durchaus nicht erbaut von der fortgesetzten Steigerung des Dollars und ebensowenig empfinden die anderen Handelsnationen den höheren Kurs ihrer Zahlungsmittel als eine Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Schon machen sich in den Ländern, die so eigenartig es klug mag, unter der hohen Wertung ihrer Zahlungsmittel zu leiden haben, lebhafteste Bestrebungen geltend, um das Unliebliche dieses Zustands zu beseitigen. Ob es indes gelingen wird, im Hinblick auf diese Vorgänge die politischen Kreise in den Ententeländern bald zur Einsicht zu bewegen, bleibt dahingestellt. Mindestens dürfte für Frankreich eine Entzehr zur ruhigen Würdigung der deutschen Finanzlage wenig hoffnungsvoll sein.

Wenn der deutsche Handel, wie dargelegt, vorübergehend aus dieser Entwertung der Mark keine Vorteile zieht, so ist die Rückwirkung auf die Finanzlage des Reiches geradezu verheerend. Vergewaltigen wir uns, daß die Reparationsleistungen ungefähr eine Zahlung von 3,5 Milliarden Gold jährlich verlangen, so würde das bei einem Stand des Dollars von 100 Mark den 23,81-fachen Betrag in Papiermark erfordern, das ergibt in Papier 83,33 Milliarden. Mit jeder Entwertung unserer Mark steigt rapide die Leistung, die wir der Entente gegenüber zu erfüllen haben, da wir nur in Papiermark zahlen können. Als der Reichstanzler dem Reichstag eine Uebersicht über die Finanzlage gab, multiplizierte er die 3,5 Milliarden Goldmark, die wir für die Entente aufzubringen haben, mit 10, d. h. er kam zu 35 Milliarden jährlicher Leistungen. Schon damals war dieser Multiplikator zu klein und es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Berechnung einen großen Fehler enthalte. Immerhin konnte man damals noch nicht mit der Belastung rechnen, die eintreten muß, wenn der Dollarstand sich auf der Höhe erhält wie gegenwärtig. Unter diesen Umständen wird die Reparationsleistung unentgeltlich, denn eine derartige Belastung kann unsere Volkswirtschaft nicht aushalten.

Mit der Entwertung der Mark geht der Kurs der Wertpapiere sprunghaft in die Höhe. In den letzten drei Monaten sind die Kurse für Industriepapiere durchweg um 100 Prozent hinaufgeschossen und Kurssteigerungen von 4-500 Prozent gehören zu keinen Seltenheiten. Die Mark drängt in die Anlage von Vermögenswerten der Industrie; es will der Besitzer von flüssigen Geldmitteln sich dadurch gegen die Entwertung seines Barvermögens schützen, daß er in dem Kauf von Industriewerten Deckung sucht. Natürlich ist diese Spekulation nicht in allen Fällen eine sichere, denn die Voraussetzung der Sicherheit wäre, daß die industriellen Unternehmungen durch die Ausschüttung der Dividenden bis zu einer gewissen Höhe eine Verzinsung der künstlich gesteigerten Werte sichern. Bieten die Unternehmungen diese Zinsgarantie nicht mehr, so fällt die Spekulation in sich zusammen und es ist auch auf diesem Wege kein Schutz gegen die Entwertung des Vermögens an Barmitteln zu erlangen. Vorläufig sind aber die Vermögen der Aktiengesellschaften, sei es in Grundbesitz oder Produktionsmitteln, noch ein so starkes Rückgrat, daß die Kursentwertung nach aufwärts mit der Entwertung der Mark in eine bestimmte Verbindung gebracht werden kann. Verhältnismäßig bei dieser Transaktion sind nur diejenigen, die ihr erworbenes Geld nicht

in diese Spekulationstreiberei hineingeben wollen, sondern sich vorsichtig auf festverzinsliche Werte stützen. Sie nehmen an der Umgestaltung des Besitzes nicht teil.

Unsere Gesamtwirtschaftslage gerät in eine künstliche Hochspannung, die leicht zu einer gefährlichen Entladung führen kann. Die entwertete Mark hebt den Export, steigert die Nachfrage auf dem Inlandsmarkt, da jeder bemüht ist, ehe die allgemeine Preissteigerung weitere Fortschritte macht, noch vorteilhaft einzukaufen, aber wir werden am Ende dieser Periode in einen Stillstand und eine Geschäftstodung hineingeraten, die das ganze Wirtschaftsgetriebe erschüttern muß. Wir werden ein Gefühl der Unsicherheit nicht los, zumal der Weltmarkt noch immer aus seiner Stagnation nicht herausgelassen ist.

Die Folgen des Krieges sind noch lange nicht überwunden. Die Zerrüttung, die in den führenden Industrieländern eingetreten ist, wird uns so recht klar, wenn wir die Eisenindustrie betrachten. Amerika hat seit 18 Jahren nie einen so tiefen Stand der Eisenproduktion gehabt wie gegenwärtig. England zeigt in der Eisenindustrie noch nicht wieder die Belebung, die man nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes erwartete. Belgien ist in der Eisenproduktion stark rückwärts gegangen, und die ehemals so bedeutungsvolle Lothringer- und Luxemburger Eisenerzeugung steht vor einer so schweren Geschäftstodung, wie sie diese Industrie noch nie gekannt hat.

Es ist doch eigenartig, daß in allen Ländern, auch da, wo die Kaufkraft durch eine starke Senkung der Preise angeregt wurde, nicht die volle Wiederaufnahme der Eisenproduktion zu erzielen war, wie sie vor dem Kriege bestanden hat. Das hat seine mannigfachen Ursachen. Die durch den Krieg arm gewordenen Länder können große Neubauten, neue Eisenbahnlinien, umfangreiche Wohnungsbauten nicht in Angriff nehmen, und für die besser gestellten Länder genügen die Projekte, die in Aussicht genommen sind, nicht, um den Markt genügend aufnahmefähig zu machen. Dazu kommt der vollständige Stillstand der Entwicklung in denjenigen Ländern, die überhaupt noch nicht die Kraft gefunden haben, das alte zu Bruch gegangene Material wieder zu erzeugen. Auch der Konsum aller anderen Waren wird erschwert durch die Minderung der Kaufkraft. Mittlere Schichten des Bürgertums sind zu keiner Zeit finanziell so zerrieben worden, wie gegenwärtig, nach oben dagegen ist der Reberfluß so übermächtig eingetreten, daß wir diese Wandlung im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse als einen schweren Schaden empfinden müssen.

Für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung fragt es sich, ob wir bei der allgemeinen Preiserhöhung für alle Waren an einer schweren Erschütterung durch große Lohnkämpfe glücklich vorüberkommen. Unser schwaches Wirtschaftsgebilde würde große Lohnkämpfe nur schwer ertragen können. Wir begrüßen es deshalb, daß es gelungen ist, mit den Bergarbeitern ein Abkommen zu vereinbaren, das vom Standpunkte der Arbeiter vielleicht nicht voll befriedigt, aber im Allgemeininteresse von großem Vorteil ist. Die Lohnbewegung, und das ist der Fortschritt, der sich uns offenbart, beginnt sich anders abzuwickeln als ehemals. Heute bemüht sich die Regierung, Unternehmer und Arbeiter zu einem Lohnabkommen zu vereinigen, um schwere wirtschaftliche Kämpfe abzuwenden. Allerdings tauchen dabei auch andere schwierige verantwortungsvolle Fragen auf. Die Regierung wird gezwungen, die Erhöhung der Kohlenpreise zu genehmigen, und damit trägt sie die Verantwortung für die Rückwirkung, die eine Preissteigerung von 21-33 Mark für die Tonne Kohlen auf die Preisbildung der Produkte ausübt, die zur Herstellung den Verbrauch von Kohle erfordern. Die Gestaltung unserer Wirtschaft wird von immer größerer Bedeutung, und sie berührt in hohem Maße das gesamte politische innere Leben. Keine Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den allgemeinen Volksinteressen voll bewußt ist, kann die Führung der Wirtschaft dem Zufall noch den mächtigen Organisationen des Wirtschaftslebens allein überlassen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 16. September.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	16. Sept.	15. Sept.	
Amsterdam	100 fl.	3416.55	3426.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	751.70	749.25
Kristiania	100 Kr.	1401.05	1408.55
Kopenhagen	100 Kr.	1910.55	1938.05
Stockholm	100 Kr.	2340.15	2367.60
Helsingfors	100 Finn. Mk.	139.60	129.90
Rom	100 Lire	455.50	464.50
London	1 £	401.05	408.05
New York	1 Doll.	107.89	109.76 1/2
Paris	100 Frs.	759.20	761.70
Zürich	100 Frs.	1858.10	1888.10
Madrid	100 Pesetas	1839.55	1423.55
Wien	100 K.	9.63	9.68
Budapest	100 K.	20.87	20.47
Prag	100 K.	127.85	131.10

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

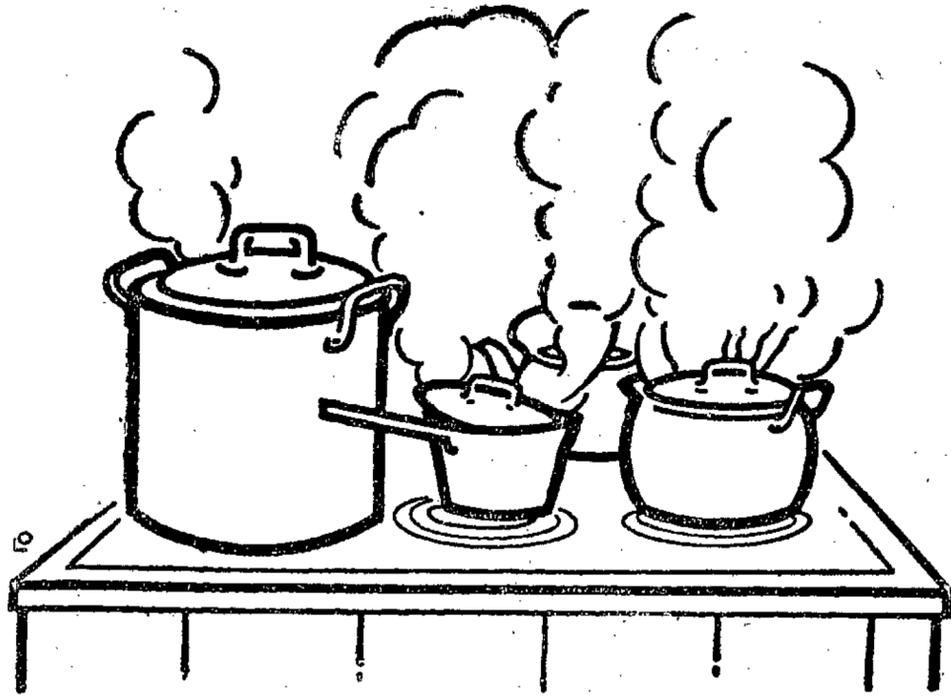
Angelkommen am 16. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsrt	Fahrzeit
					Lage St.
	S.	Sarah	Hansen	Gaderleben	4
	S.	Dora	Albrecht		18
	S.	Frieda	Oltmann	Memel	8
	S.	Anna	Bedmann		2

Angelkommen am 17. September 1921.

	S.	Harry	Johannsen	Ahlborg	2
	S.	Amphitrite	Brodersen	London	14
	D.	Thorsdoett	Peterlen	Ubo	4

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



Wenn Sie Ihr Essen bereiten

oder Ihren Kaffee kochen, können Sie die gleiche Herdhitze, ohne Mehrkosten, zum Waschen ausnutzen. Sie lösen

PERSIL

im Wasserkessel auf, tun sofort Ihre Wäsche hinein, stellen das Gefäß auf den Herd und lassen die Wäsche eine Viertelstunde lang mitkochen.

Schon ist die Arbeit fertig!

Die Wäsche ist völlig sauber, blütenweiss, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Sie sparen Zeit, Kohlen, Arbeit, Geld!

Sorgen Sie daher, dass Persil niemals in Ihrem Haushalt fehlt, es ist wieder überall in bekannter Güte erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der altbekannten „HENKO“
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 17. September.

Sozialdemokratischer Verein.

Bericht der Bürgerchaftsfraktion. — Aufstellung der Bürgerchaftskandidaten.

Eine außerordentliche, sehr stark besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagte am Freitag abend im Gewerkschaftshaus. Genosse Haut gab den Bericht der Bürgerchaftsfraktion. Er zeichnete in großen Zügen ein Bild von der Tätigkeit der Fraktion und warf einen kurzen Blick in die Zukunft. Die Arbeit war im Vergleich zu früher weit umfangreicher. In der schwierigsten Zeit, in der Zeit der größten Not, mußte die Fraktion eine schwere Verantwortung übernehmen. Die unglücklichen Zeitverhältnisse brachten es mit sich, daß viele Dinge anders als vor dem Kriege beurteilt werden mußten. An der Finanzfrage scheiterte leider mancher berechtigter Wunsch. Das war aber in den übrigen Staaten auch nicht anders. Auch dort konnten aus den gleichen Gründen viele berechnete Forderungen nicht erfüllt werden. In Zukunft wird damit auch noch zu rechnen sein. Die Steuerhölzer ist auf das Reich übergegangen, und wenig Rechte sind in dieser Hinsicht den einzelnen Ländern gelassen worden. Es ist für die Staaten schwer, durch die ihnen verbleibenden Steuern ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Der Redner erinnert an die Wohnungs- und Siedlungsfrage, wo nach Erschöpfung der Reichsmittel die Staaten zur Behebung des Elends tiefer in den Beutel greifen müssen. Er zeigte dann, wie ungeheuer die Ausgaben des Staats geblieben sind. In einzelnen Ressorts (wie im Gefängnis-, Polizei-, Schulwesen usw.) sind die Ausgaben ganz gewaltig gestiegen. Während im Jahre 1909 die Ausgaben Lübecks kaum 10 Millionen Mark betragen, stiegen sie im Jahre 1921 auf mehr als 166 Millionen. Diese Summe ist durch die inzwischen eingetretene Teuerungswelle bereits überholt. Die Gehälter der Beamten, besonders der unteren, sind unzureichend, sie müssen erhöht werden. Ebenso muß auch für die Erwerbslosen mehr als bisher getan und vor allem für Beschäftigung gesorgt werden. Es ist verschiedentlich der Versuch gemacht worden, die Finanzen aufzubessern, was auch gelang. Die Steigerung der Ausgaben machten aber alles wieder illusorisch. Der heilige Bureaucratismus feiert noch oft Orgien. Eine Zentralisierung und Reformierung der Verwaltung ist dringend nötig. An der Lösung dieser Frage müssen die Beamten und Angestellten praktisch mitarbeiten. Weiter ist die Mitarbeit der Genossen in den Behörden und Körperschaften dringend nötig. Auf diesem Gebiet muß mehr getan werden, damit wir endlich vorwärts kommen. Die Hauptarbeit liegt nicht im Plenum der Bürgerchaft, sondern in den einzelnen Ausschüssen, wo auch Leute aus der Werkstätte mit tätig sein müssen. Die reaktionären Elemente in der Verwaltung müssen verschwinden. Es sei nicht richtig, wenn behauptet würde, daß zur Beseitigung der Wohnungsnot nichts getan worden sei. 24 Millionen Mark seien bereits dafür ausgegeben und weitere 28 Millionen in Aussicht gestellt. Freilich lange auch dieses Geld nicht zur Beseitigung der ungeheuren Not. In Lübeck sei aber mehr als in jedem anderen Staat in dieser Hinsicht getan worden. Trotz der Wohnungsnot sei der Wohnungswesen in Lübeck außerst stark. Im ersten Quartal 1921 betrug die Zahl 6580, gegen 6147 im 1. Quartal 1920. Für die Wohnungsvermittlung wurden im Vorjahre rund 58 000 Mk. ausgegeben und in diesem Jahre wird die Summe etwa 332 000 Mk. betragen. Angesichts dieser Tatsachen war die Erhebung einer Vermittlungsgebühr nicht zu umgehen. Man muß dahin streben, daß für jede Ausgabe auch Deckung vorhanden ist. Da einigermaßen Ordnung im Finanzwesen herrschen mußte, so konnte die Fraktion manche notwendigen Aufgaben nicht erfüllen. Als typisches Beispiel, wie wenig einige Behörden die Aufgaben der Zeit erfassen haben, zeigte Genosse Haut daran, daß für die Deckung der Drehschraube nach wie vor der geringe Betrag von 3 Mk. erhoben wird. Anstatt des Schulgeldes müßte die allgemeine, nach dem Einkommen abgestufte Schulpflicht eingeführt werden. Die Oberlehrer könnten anstatt 24 resp. 20 Unterrichtsstunden die Woche etwas mehr Unterricht erteilen. Diese Herren, die anderen vermehrte Arbeit predigen, wollten aber diesen schönen Grundsatz für sich nicht gelten lassen. Der Aufstieg der Begabten müsse endlich durchgeführt und zur Erreichung dieses Zieles ein gangbarer Weg gefunden werden. Die Verabschiedung der Ruhegehaltsklasse der Staatsangestellten, sowie der Landgemeindeordnung würde nach der jetzigen Bürgerchaft erfolgen. Die Dienstboten- und Wohnungszulagensteuer, wie überhaupt die vermehrte Besteuerung des Besitzes sei nicht zu umgehen. Auch müsse dahin gestrebt werden, daß über wichtige Gesetzesvorlagen der Volkswille angedeutet werden könne. Zum Schluß wies Genosse Haut auf die Bestrebungen der Bürgerchaft hin, in diesem Wahlkampf eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Unsere Aufgabe müsse

es sein, dieser bürgerlichen Einheitsfront eine proletarische Einheitsfront gegenüber zu stellen. Schwere Kämpfe ständen uns bevor. Wenn jeder, auch die Frauen, ihre Pflicht erfüllten, so würden wir den Sieg davontragen. Die Stimmung in den Massen sei gut und berechtige zu den besten Hoffnungen. (Beifälliger Beifall.)

In der Aussprache, an der sich die Genossen Weiß, Gogowski, Mirow, Kaping, Ahrens und Blöb beteiligten, wünschten einige Redner, daß für den Wohnungsbau und für das Erhalten mehr Mittel aufgewendet würden. Im übrigen aber schloß man sich mit der Tätigkeit der Fraktion einverstanden. In seinem Schlußwort verwies Genosse Haut gegenüber den gemachten Einwänden nochmals auf die schlechte Finanzlage, die die Erfüllung mancher Wünsche verhindert hätte und forderte die Genossen auf, alles zu tun, damit am 18. November ein glänzender Wahlsieg errungen würde.

Sodann wurde zur Aufstellung der Bürgerchaftskandidaten geschritten. Nach längerer Aussprache wurde die vom Vorstand und Ausschuss vorgeschlagene Liste mit geringer Veränderung angenommen. Wir werden die Liste am Montag veröffentlicht.

Folgen des Valutasurzes.

Es ist dem wüsten Treiben der Spekulanten wiederum gelungen, den Wert der Mark erheblich herabzubringen. Der Dollar wurde vor einigen Tagen an der Börse mit 110 Mk. notiert. Die Folgen dieses fortgesetzten Fallens der Mark äußern sich immer deutlicher in der sprunghaftesten allgemeinen Preissteigerung. Fast alle Waren klettern täglich im Preise aufwärts, wir brauchen nur auf die Margarine zu verweisen. Geht diese Veränderung beim Großhandel nur im Verhältnis zu der Entwertung der Mark vor sich, so ist sie noch größer beim Kleinhandel, der ebenfalls aus der ihm günstigen Konjunktur Vorteile zieht.

So verschlechtert sich also von Tag zu Tag die materielle Lage der Lohnempfänger und der Festbesoldeten. Ihr Reallohn sinkt zusehends. Ihre Lebenshaltung erleidet so schwere Einschränkungen, daß ihre Arbeitsfähigkeit, ihre Gesundheit stark gefährdet wird. Nur völlig unzulänglich wird durch die Zustände in den überall entbrannten Lohnkämpfen ein Ausgleich für diese gewaltige Teuerung geschaffen. So groß der Widerstand der Unternehmer gegen auszeichnende Lohn-erhöhungen ist, so schnell werden höhere Nominallöhne von der forschreitenden Geldentwertung fast völlig illusorisch gemacht, besonders da die Anpassung der Löhne an die Preise der Geldentwertung stets nachhinkt.

Es bereits durch diese Entwicklung, die fast ununterbrochen seit 1918 wirksam ist, die reale Kaufkraft des Arbeiters und der Festbesoldeten ständig gesunken, so wird diese Entwicklung durch die neueste stürmische Welle der Geldentwertung weiter verstärkt.

Im Gegensatz dazu aber verschafft die zunehmende Geldentwertung den Besitzern der Produktionsmittel aller Art nur Vorteile. Sie sind unter den jetzigen Verhältnissen, in denen die Preise die Tendenz haben, sich den Weltmarktpreisen anzupassen, in der Lage, mit ihren Preisen außerordentlich rasch der Geldentwertung zu folgen. Das ist bei allen Erzeugnissen der Fall. Die Besitzer von Sachwerten in Industrie, Handel und Gewerbe ziehen also aus der Geldentwertung große Vorteile.

Dasselbe ist aber auch der Fall bei der Landwirtschaft. Während des Krieges und kurze Zeit nachher durch die Zwangswirtschaft in der Steigerung der Preise beschränkt, hat sie, nach Beseitigung dieser Fesseln, in einem stürmischen Fieberzug alles nachgeholt. Jetzt haben wir bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Weltmarktpreise erreicht. Bei einigen sind sie sogar überschritten. Wir haben also Preise, die infolge des Steigens der ausländischen Zahlungsmittel das Doppelte und das Dreifache der deutschen Produktionskosten betragen. Den Besitzern landwirtschaftlicher Erzeugnisse fallen also außerordentlich hohe Konjunkturgewinne zu. Niemals war diese Entwicklung so stürmisch und deutlich, als gegenwärtig. Neben verschiednen anderen Produkten zeigen die Inlandspreise für Getreide eine ungeheure Steigerung. Diese Entwicklung geht sowohl bei landwirtschaftlichen, wie auch bei industriellen Erzeugnissen unangenehm weiter. Einige ziehen ungeheure Vorteile daraus, während dagegen die große Masse im Elend versinkt. Die Gegenwart und die Zukunft stellt die Arbeiterorganisationen vor riesige Aufgaben, deren Erfüllung nur durch geschlossenes Handeln möglich sein wird. Zur Verhinderung des Massenelends muß alles aufgeboten werden.

Der Streit bei der Firma Friedr. Ebers & Sohn ist beendet. Die Arbeit ist am Freitag wieder aufgenommen worden.

Der deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag, der am 15. und 16. September in der hiesigen Stadthalle tagte, beschäftigte sich u. a. mit der Markwirtschaft. Nach Berichten hiesiger bürgerlicher Blätter erklärte der Verbandsdirektor Defoigner Cornélius, der das Referat über diese Frage hielt, daß die deutsche Landwirtschaft und in ihr das Genossenschafts-

wesen in Zukunft jeden Versuch zur Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Milch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abwehren wird, und zwar, wie hinzugefügt wurde, aus Gründen der Selbsthaltung und der Sicherstellung der Volksernährung. Die Zwangswirtschaft habe auf die Milchwirtschaft verhängnisvoll und bedrückend gewirkt, daß die Milchherzeugung bedrohlich zurückging und zahlreiche Menschenleben durch Milchmangel vernichtet worden seien. Dazu sei bemerkt: es trifft leider zu, daß zahlreiche Menschenleben aus Mangel an Milch vernichtet sind. Daran trägt aber weniger die Zwangswirtschaft die Schuld, sondern in erster Linie sind die Landwirte die Schuldigen, welche die Zwangswirtschaft so labotiert haben, daß Tausende und aber Tausende unschuldige Kinder entweder gänzlich zugrunde gingen oder an Unterernährung dahinsiechten. Tausende der agrarischen Profitwirtschaft hat ungeheure Opfer gefordert. Es hätte wesentlich besser sein können, wenn manche Kreise etwas mehr menschliches und soziales Pflichtgefühl gezeigt hätten. Das ganze Referat war in der Hauptsache auf die Erzielung recht hoher Profite eingestellt. Jegliche Kommanalisierung soll bekämpft, dagegen aber die landwirtschaftlichen Betriebe zu Volkseigenenschaften und diese wiederum zu festen Verbänden vereinigt werden, um, wie der Redner so schön sagte, den Markt entscheidend zu beeinflussen. Zwar wird hinterdrein betont, daß man eine erträgliche Preisgestaltung erstreben will; was aber jene Herrschaften unter „erträglich“ verstehen, kennen wir zur Genüge. Erträglich bedeutet für sie ertragreich. So werden also die Genossenschaften, die die Aufgabe haben sollten, die Produkte zu verbilligen, dazu benutzt, die Konsumenten nach allen Regeln der Kunst auszubuten. Es wird Zeit, daß jenen Herrschaften ganz gehörig auf die Finger geklopft wird. Die Milch hat heute bereits einen Preis erreicht, der unmöglich noch weiter in die Höhe getrieben werden darf. Geschähe das aber, so wird die agrarischen Profitwirtschaft noch weit mehr Menschenleben vernichten, als die labotierte Zwangswirtschaft es getan hat.

In einem längeren Referat trat Professor Geheimrat Dr. Thieß-Köln für eine starke landwirtschaftliche Organisation ein. Die landlichen Genossenschaftsorganisationen sollen so ausgebaut werden, daß sie alle Landwirte und Landbewohner umfassen. Durch eine solche länderlose Organisation hofft man „die intensivste Wahrung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse“ zu erreichen. Was das bedeutet, werden die Konsumenten bald an ihrem Geldbeutel verspüren. — Ueber Steuerberatungen sprach Dr. Felber-Halle. Er fordert u. a. die Schaffung einer Zentrale, welche die Aufstellung einheitlicher Richtlinien für die Buchführung und Steuerberatung vornehmen und diese Richtlinien den Steuerbehörden gegenüber vertreten soll. Wichtig, es geht nichts über agrarische Bescheidenheit. Bisher haben die „armen“ Agrarier wenig Steuern gezahlt. Wenn erst die einheitlichen Richtlinien vorliegen, wird der Geldbeutel noch mehr geschnitten werden. Die Wahrung ihrer Interessen verstehen die Herrschaften ausgezeichnet. Auf der einen Seite will man die Einnahmen immer höher schrauben, und auf der andern Seite verliert man nach Möglichkeit sich von den Abgaben zu befreien. So bekunden die Landwirte ihr nationales und soziales Interesse.

Zugverbindungen nach Holland von Hamburg über Bremen, Oldenburg, Groningen. Außer den seit 1. Juni bestehenden Tageverbindungen nach und von Holland sollen ab 28. Oktober besondere Nachtschnellzüge zwischen Altona und Bentheim über Osnabrück, mit Kurswagen 1.—2. Klasse, zwischen Altona und Rotterdam und Rotterdam und Altona, sowie Schlafwagen zwischen Rotterdam und Altona gefahren werden. Die Schlafwagen nach und von Holland in den Kölner Nachtschnellzügen fallen dafür fort. Die Züge sollen ab 28. Oktober in folgenden Fahrplänen verkehren:

D 125	640	ab Amsterdam an	1120
	1051	„ Groningen	550
	288	„ Oldenburg ab	288
	920	„ an Bremen	200
	380	„ ab Bremen an	128
	514	„ an Hamburg ab	1142
	535	„ Altona	1115

An Sonn- und Festtagen fällt der Zug 640 von Amsterdam bis Groningen aus.

D 129	612	ab Amsterdam an	108
	1120	„ Bentheim	705
	108	„ Osnabrück	542
	628	„ an Hamburg ab	1208
	646	„ Altona	1144

Stadtheater. Für die Gastspiele des Kammerjägers Taubers macht sich ein reges Interesse bemerkbar, ist doch Herr Tauber noch in allerbesten Erinnerung von der Nordischen Woche her. Es ist daher geboten sich rechtzeitig Karten zu sichern. In den Kammerpielen wird auf vielfachen Wunsch am Sonntag noch einmal Flamme gegeben.

Der Arbeiter.

Eine Erzählung von Stijn Streuvels.

18. Fortsetzung.

Zoo schluckte gierig sein Essen und Trinken hinunter, während die andern dastanden und ihre Pfeifen anzündeten. Sobald das Mahl beendet war, gab einer von ihnen das Zeichen.

„Holla, vorwärts, Jungens, wir wollen mal sehen, ob sie uns da drüben haben wollen! Nun heißt es Abschied nehmen für drei Monate... wenn alles klappt.“

Die Frauen und die Kinder begleiteten sie nach draußen. Es war noch nicht dunkel, aber die Luft sah voller Feuchtigkeit; der Nebel hing da in der Runde, und der Wind brachte stöhnweise einen feinen, prickelnden Regen.

Als sie jenseits des Gartenpfortchens ans Ende des Fußpfades auf den offenen Feldweg gekommen waren, nahmen die Männer Abschied. Die Kinder wurden mit einem Kranz bedacht. Zoo gab Manse die Hand und benutzte die Gelegenheit, unbedachtet sein Geld abzugeben. Mit einem einzigen brummtigen Wort und einem Stoß fühlte sie den ledernen Beutel in ihrer Hand.

„Bis auf später!“ das war alles, was er sagte. „Tag, Kinder!“ und bray sein mit Mutter, verstanden?“

„Tag, Zoo.“ Und während sie ihre Schürze gegen die Bäden hielt, um den kalten Wind abzuwehren, fiel ihr etwas mit Neger und Bedauern ein.

„Hättest du doch nur den Samtanqua gekauft, Zoo.“ sagte sie; „du hast nun da mit deinem abgetragenen Rod und mit bloßem Hals.“

„Das ist das wenigste!“ sagte er ablenkend. Und um zu zeigen, daß es ihm einerlei war, zog er seine Mütze über die Stirn, schlug den Rodtragen auf und warf den Doppelsack über die Schulter.

Sarel und Emma standen beiseite, um voneinander Abschied zu nehmen. In der Stille hatten sie ein wenig geküßelt, aber als es nun darauf ankam, wollte er sich stark zeigen und nicht nachgiebig. Er drückte noch ein letztesmal dem Mädchen die Hand und hielt sie einen Augenblick fest in der linken.

„Bleib hübsch gesund, machs gut... und wie wir es besprochen haben!“

Den Kopf vorgestreckt, den Leinwand auf dem Rücken, die Hände tief in den Hosentaschen, — so ging das Häuflein der fünf, sechs Schritter gegen den Wind an. Nebeneinander zogen sie auf der Landstraße dahin, den Abend über ihrem Haupt und den Nebel rings um sie her. Die Zipfel ihres Halbtuners schlugen ihnen leise klackend um die Ohren, und Anlands blauer Mittel hauchte sich hinten über dem Rücken auf wie eine gespannte Blase, so daß er einem Buckligen gleich. Nach einer Weile erkannte man die menschliche Gestalt nur noch bei denen, die einzeln gingen; das andere war ein dunkler Klumpen, der im Nebel fast verschwand.

Die drei Frauen hatten ihnen, nachgestarrt, bis Sarnaevs Schmeißer die Bemerkung machte:

„Nun muß es jaust noch so ein schandares Wetter werden!“

Sie und Emma wollten gehen.

„Kommt noch ein wenig herein!“ schlug Manse vor. Über Emma erklärte, Angst zu haben vor der Dunkelheit, und die andere wollte auch lieber geradeswegs nach Haus. Sie hatten einander nichts zu sagen und wollten am liebsten bei sich verborgen halten, was sie empfanden.

So ging Manse denn allein ins Haus und brachte die Kinder zu Bett. Ihre Enttäuschung war nun vorbei. Jetzt, da sie wirklich Gewißheit hatte, konnte ihr einfältiges Gemüt nicht mehr um Dinge trauern, die anders hätten sein können.

Menschen, die viele und große Not gekannt haben, stellen wenig Ansprüche an all das, was nicht unmittelbar zum Lebensunterhalt gehört; ihre eigenen Freuden und Begierden zählen nicht viel, und sie geben sich nicht so bald nuchloser Trauer um neben-sächliche Dinge hin. Sie sind gewohnt, sich ins Unvermeidliche schicken zu müssen, und tragen nur nach dem Allernotwendigsten. Das Schlimmste, was sie fürchten ist Hunger. Darum war Manse bereit, all ihre Wünsche fahren zu lassen, und ohne nachzudenken, erwartete sie die Jährlichkeit für ihren Mann, wenn nur Arbeit und Geldverdient an deren Stelle trafen.

Dieser Abschied aber, dieser trübselige Abend, diese plötzliche Einsamkeit, wo sie Freude und lautes Leben erwartet hatte, dieser Gegensatz stimmte sie wehmütig; und nun sie allein war im Haus,

ließ sie ihr Gefühl Herr über sich werden und weinte still vor sich hin. Endlich fiel ihr der Geldbeutel in ihrer Schürzentasche ein, und von Neugier geprikkelt, leerte sie ihn aus in ihren Schoß und begann zu zählen. Es waren silberne Fünf-, Ein- und Zweifrankstücke und zwei Goldstücke. Sie erzählte bei dem Gedanken, mit einem solchen Schatz beschenkt worden zu sein, und nachdem sie lange die Geldstücke gezählt und wieder gezählt hatte, suchte sie umher nach einer Stelle, wo sie das Geld lieber genug verbergen könnte. Zum erstenmal empfand sie die Angst und den Schrecken vor Dieben, Einbruch, Brand und Mord.

Die Männer hatten noch zwei gute Stunden Weges vor sich. Die Richtung wiesen ihnen die großen Bogenlampen, die fern am Ende des Weges hingen, wie eine Reihe Sterne, die gleichsam einen roten Hof in den Nebel hineinleuchteten.

Sie schritten tapfer vorwärts, wenn sie auch einander in der Dunkelheit nicht sahen und laut gegen den Wind anrufen mußten, um sich verständlich zu machen. Sie schrien laut ihre Worte heraus und schwächten, um den Weg abzukürzen. Sogar Sarel schien seinen Schatz schon vergessen zu haben, und es war, als wäre alles nach Wunsch ausgefallen, als wäre es etwas längst Gewohntes, daß sie hier über die Landstraße ins Wallonenland zogen, — als ob sie gleichgültig das wieder begannen, womit sie geglaubt hatten fertig zu sein.

Zoo allein blieb schweigsam, mit sich beschäftigt, und ging abseits, in seine eigenen Gedanken vertieft. Er konnte keine Enttäuschung nun einmal nicht vermeiden, konnte nicht vergessen, was er sich, als so sicher vorgestellt hatte. Um so weniger als er ein Grauen empfand vor dieser Zuckerfabrik, nur diesem Wallonenland und der ganzen Gegend dort. Er hatte früher schon da gearbeitet, und mit Schrecken dachte er nun an das Ungeheure mit seinem Rasen und Rollen, seinem Qualm und Gestank, an die graulichen Rostmünder, die immer nur Rüben fragen, die immer, Tag und Nacht, gefüttert werden mußten, an die offenen, vollgestopften Rachen, worin es unbarmherzig mahlte und malnte, schneller als hundert Arme mit vollen Schaufeln hineinwarfen konnten. Er kannte das große Maschinenhaus, die Fabriktränke mit ihrem Gefassel und hGestampf, ihrem süßlich klauen Geruch von dem Zucker, der wie Dreck und schmieriger Auswurf unten aus dem Kessel herausgeschossen kommt und weiter getrieben wird in andere Behälter.

(Schluß folgt.)

Janatheater, Morgen, Sonntag, dem 18. September. Am Abend die Aufführung der Operette „Wenn Liebe erwacht“ von Ed. Künzele statt. Das Werk ist auf das sorgfältigste einstudiert, außerdem werden sich in dieser Vorstellung verschiedene neue erste Kräfte dem Publikum vorstellen.

Eine Protestversammlung der Gastwirte gegen die Sonderumlage im Gastwirts-gewerbe findet am Dienstag nachmittag 3 1/2 Uhr im Kolosseum statt. (Siehe Inserat)

pb. Diebstahl. Einem in Loendorf wohnhaften Landmann wurde ein schwarzes Bullentafel von der Weide gestohlen. Einem in der Backstraße wohnhaften Kolonist sind von seinem in der Wakenliedigen Boot zwei Perlenhaken im Werte von etwa 1000 Mk. gestohlen worden. — Mittels Einbruchs wurde aus einem an der Untertrane gelegenen Schuppen eine Schreibmaschine, Marke „Stüwer“, gestohlen.

pb. Ermittelt. Durch den hiesigen Erkennungsdiens gelang es in zwei verschiedenen Fällen durch die Daktyloskopie die richtigen Personen von zwei festgenommenen festzustellen, die sich hier bei der Festnahme ihnen nicht zukommende Namen beigelegt hatten. In einem Falle handelte es sich um den wegen Unterschlagung eines Fasses Zitronen festgenommenen angeblichen Arbeiter Rühlberg aus Gersdorf, der nunmehr als ein aus der Strafanstalt in Rendsburg ausgebrochener Arbeiter aus Ostendorf ermittelt ist, der in genannter Strafanstalt noch eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren zu verbüßen hat.

pb. Eine aufregende Jagd nach einem wegen Diebstahls hochbriefflich Verfolgten fand gestern auf dem Langen Lohberg statt. Als zwei Beamte der Kriminalpolizei in das Haus gelangten, wo sie den Verfolgten vermuten durften, entfloh dieser durch ein Dachfenster auf das Dach des Hauses und konnte nun dort erst nach vieler Mühe heruntergeholt und dem Marktallgefangenen zugewiesen werden.

pb. Fahrraddiebstahl. Einem in der Rosenstraße wohnhaften Schlosser ist am Freitag, von seinem verschlossenen gewesenen Hausboden ein Fahrrad gestohlen worden.

Wadeanstalt Finkenhamm. Wasserwärme am 17. September morgens 6 Uhr 15°; mittags 12 Uhr 15° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Salin. Das Landeskrankenhaus. Im Landesausgang wurden die Sitzungen des auf den Landesverband übergegangenen Curier-Hospitals festgelegt. Aus den Sitzungen sei folgendes mitzuteilen: Das Landeskrankenhaus ist zur Aufnahme von Kranken aus der Provinz bestimmt. Wenn Platz vorhanden ist, werden auch auswärtige aufgenommen. Gemäßlich Anfechtung und Sätze finden in der Regel keine Aufnahme, Geisteskranke nur für die Zeit bis zu ihrer Ueberführung in eine Irrenanstalt. Für die Aufnahme selbstständiger Kranke genügt die Anordnung des behandelnden Arztes. Für diese Kranken ist jedoch das Krankengeld für einen halben Monat im voraus an das Krankenhaus zu zahlen oder ausstehende Bürgschaft zu leisten. Kranke, die einer Krankenkasse angehören, haben einen Kostenbürgschaftschein der Kasse vorzulegen. Kranke, die auf Kosten von Gemeinden oder von Armenbehörden untergebracht werden sollen, haben von ihrer zuständigen Verwaltung vorher oder bei ihrer Aufnahme eine Bescheinigung der Kostenübernahme beizubringen. In gefährlichen, keinen Aufschub erhebenden Fällen kann die Aufnahme auch ohne Nachweisung der Zahlungspflichtigkeit einer der genannten Kassen von den Schwestern vorläufig erfolgen. Bei solchen Aufnahmen ist schnellstens dem Vorsitzenden der Kommission Anzeige zu machen. Kranke der 3. Klasse bekommen während der Dauer ihres Aufenthaltes im Krankenhaus Bekleidung bzw. Kleidungsstücke geliefert. Die den Kranken gehörigen Kleider und sonstigen Sachen werden von der Oberschwester in Verwahrung genommen, die ein Verzeichnis aufzunehmen hat. Die ärztliche Behandlung der Kranken geschieht vom Assistenzarzt oder seinem Stellvertreter. Es ist Prüfung, Spezialärzte einzusetzen. Die Leitung des Hauswesens führt die Wirtschaftlerin, die Aufsicht über die Krankenpflege, welche von den Krankenschwestern besorgt wird, die Oberschwester. Ein Kranke, welcher sich dieser Hausordnung nicht fügt, ist aus dem Krankenhaus zu entlassen, es sei denn, daß das Interesse der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Armenpflege ein anderes notwendig bedingt. Das Krankenhaus hat drei Verpflegungsklassen: a) Kranke der 1. Klasse haben ein Zimmer für sich allein zu bewohnen, b) Kranke der 2. Klasse haben ein Zimmer mit einem anderen passenden Kranken zu teilen, c) Kranke der 3. Klasse werden in den allgemeinen Krankenzimmern untergebracht. Die Verpflegungssätze werden vom Landesvorstand festgelegt. Die Kranken der 1. und 2. Klasse erhalten dafür Pflege und Beförderung, Arzt und Arzeneien werden besonders berechnet. Die Kranken der 3. Klasse erhalten außer Pflege und Beförderung unentgeltliche ärztliche Behandlung durch den Assistenzarzt und Arzeneien. Der Aufnahme- und der Entlassungstag werden für voll gerechnet. Die baren Auslagen für Wein, besondere Stärkungsmittel, Fäßer, Verbände, Desinfektion, besondere Wärter, Nachwachen usw. werden besonders berechnet und vergütet. Die Benutzung der Klinik im Krankenhaus einschließlich der vorhandenen Instrumente ist für Kranke, die nicht in das Krankenhaus aufgenommen sind, gegen Entgelt gestattet. Für die Benutzung der Reizkammer werden Gebühren erhoben.

Wilkensburg. Löhnerhöhungen. In der Sitzung des Gemeinderats wurden die Löhne der Gemeinbediensteten mit rückwirkender Kraft vom 1. August ab auf die Höhe der Löhne der Staatsarbeiter gebracht. Ebenfalls wurden die Leasingauschläge für die Beamten von 76 Prozent auf 91 Prozent erhöht.

Alt-Wahlstedt. Die Einführung der Wohnsteuer-Luxussteuer wurde in der Gemeindeversammlung harmonisch mit 7 gegen 6 Stimmen beschlossen.

Emshorn. Beendigung des Bauarbeiterstreiks. Die Arbeitnehmer im Baugewerbe haben, nachdem ihre Forderung auf Lohnaufbesserung um 1,50 Mk. pro Stunde von den Arbeitgebern bewilligt wurde, die Arbeit wieder aufgenommen.

Sachsen. In höchster Not gerettete Wattenläufer. Ein Krabbenfischerlutter landete hier einen Herrn und eine Dame, ein Münchener Schauspielergesellschaft, das er am Rande der Watten in der Erbfindung aus höchster Lebensgefahr gerettet hatte. Die Geretteten hatten sich bei einer Wattenwanderung zu weit vorgewagt und waren dann durch die mit der eingehenden Flut schnell anschwellenden Biele vom Rückzug abgegrenzt worden. Sie waren dem Gerettetsten nahe, da sie bereits bis über die Brust im Wasser standen, als sie von dem in der Nähe vorbeifahrenden Krabbenfischerlutter bemerkt und gerettet wurden.

Bremen. Eine Flughafen-Betriebsgesellschaft ist hier gegründet worden. Die Aufgabe der Gesellschaft wird in erster Linie der Ausbau und die Verwertung des vom Bremer Staat angelegten Flughafens sein. Angemessen wird die Gesellschaft vorarbeiten, die bisher vom Bremer Verein für Luftfahrt geleitet wurden, zur Fortsetzung von Luftverkehrslinien nach Bremen, Sebung des Luftverkehrs usw., weiterzuführen.

Bremer. Wiedereröffnung der Südamerika-fahrt durch die Norddeutschen Lloyd. Seiner regelmäßigen Passagier- und Postdienste nach Südamerika waren der Norddeutsche Lloyd mit dem Dampfer „Seebild“ wieder auf. Der Dampfer ist bereits am 3. November expediert worden. Der Dampfer „Seebild“ gegenwärtig der größte deutsche Passagierdampfer im Südamerika-dienst und besitzt eine Leistungsfähigkeit von 100 Tons. Er wird auf der Ausreise auch die spanischen Inseln

Coruna, Villagarcia und Vigo anlaufen, da von diesen Häfen aus noch viele Spanier nach Südamerika auswandern. Außer dem Dampfer „Seebild“ wird in diesen Dienst auch das Schwester-schiff „Tort“ eingestellt. Außerdem hat der Lloyd auch noch die von England zurückgekauften Dampfer „Gotha“ und „Hannover“ zur Verfügung, die voraussichtlich in die Fahrt nach Nordamerika eingestellt werden.

Bremerhaven. Die Sprache der Gebildeten. Ein Parteigenosse schreibt der „Nordd. Volksstimme“: Dieser Tage ging ich durch die Mönchstraße. Vor mir gingen zwei fette, hirnstarke Herren, die anscheinend sehr gut durch den Winter gekommen waren. Diese fette Gesellen wurden von Angehörigen der Handelsmarine begrüßt, woraus zu schließen war, daß es sich wahrscheinlich um Schiffs-offiziere des Lloyd handelte. Als die Leute begrüßt hatten, sagte der eine der beiden Mäpfe: „Na, die Leute werden doch schon etwas vernünftiger, es ist nicht mehr das Gesindel von 1918!“ Und dann nach einer kleinen Pause: „Das will ich Ihnen sagen, am Sonnabend gehe ich nach Bremen, um Leute (für die „Westfalen“, Red.) anzunehmen. Dann will ich aber sehen, von dem Lumpengesindel, das bei der Kaiserlichen Marine war und die Revolution gemacht hat, von diesen Hundsternen nehme ich keinen, die können im Dreck verrotten!“ Darauf drehte sich unser Gewährsmann um und sagte dem Pater seine Meinung, worauf sich beide in eine Weinstube zurückzogen. — Daß diese saubere Gesellschaft die alten Zeiten zurückwünscht, wo jeder „gemeine“ Mann von dieser kaltschnauzigen Blase getreten und getrieben wurde, ist verständlich. Die Sehnsucht ist aber vergebens.

Metallarbeiter-Kongress.

kr. Jena, 15. Septbr. 1921.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung beantragt Ulrich-Berlin, die genaue Rede des Franzosen Merchem dem Verbandstag zur Kenntnis zu bringen, die Ueberseherin wichtige Parteien über die Zerlegung der französischen Gewerkschaften durch die kommunistischen Treibereien weggefallen habe. Der Verbandstag gab dem Antrag statt und besah so die Rede Merchems nochmals — aber vollständig — zu hören.

Für die Rechnungs-kommission erstattete hierauf Werntlicher-Augsburg Bericht über den kommunistischen Antrag, für die Russenhilfe aus der Hauptkasse 1 Mark pro Mitglied zu bewilligen. Der Vorstand habe in der Kommission den Standpunkt eingenommen, daß nach dem Verbandsstatut es nicht zu den Aufgaben des Verbandes gehöre, derartige Hilfeleistungen zu gewähren. Der Vorstand könne nicht über den Rahmen des Statuts hinaus. Er sei der Ansicht, daß die Sammlung des ADGB von den Mitgliederbeiträgen unterstützt werden solle, den Mitgliedern soll zugewiesen werden, hierin ihr möglichstes zu tun. Die Rechnungs-kommission habe sich dieser Auffassung des Vorstandes mit 8 gegen 1 Stimme angeschlossen. (Wutrufe bei den Kommunisten.) Sie empfiehlt der Generalversammlung das Gleiche und den Ruf an alle Kollegen gegeben zu lassen, die Sammlung des ADGB weitgehendst zu unterstützen.

Parasitsekretär Walcher-Berlin (KPD.) wandte sich gegen diesen Vorschlag der Rechnungs-kommission. — Zander-Düsseldorf (USP.): Wir haben festgestellt, daß in den Betrieben bei den Sammlungen für die Russen es ausgerechnet die Kollegen von der KPD waren, die am wenigsten zeigten. (Stürmisches Sehr richtig! bei der Mehrheit, minutenlang große Unruhe und Widerspruch bei der KPD.) — Dem Vorsitzenden Böckler fällt es schwer wieder Ruhe zu schaffen. — Zander (fortfahrend): Ich bin mir der Tragweite meiner Worte bewußt. Der Antrag ist nicht ohne Absicht eingebracht worden. Man will nach außen hin zeigen, wie sich es gewenig, die für die Russen gesorgt haben. — Brandes-Schlitzart vom Vorstand rechtfertigt dessen Standpunkt. Nach dem Statut könne der Vorstand keine andere Haltung einnehmen. — Auf Antrag der komm. Fraktion wird über den Antrag der Kommission namentlich abgestimmt. Der Antrag der Kommission auf Ablehnung des komm. Antrages wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das genaue Stimmverhältnis steht noch aus.

Die Rechnungs-kommission machte dann Vorschläge über die Diätenfestlegung. Es sollen 80 Mk. pro Tag gewährt werden. Ueber diesen Vorschlag einigte sich der Verbandstag sehr schnell; gegen 10 Stimmen wurde ihm zugestimmt.

Dann wurde die Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Es sprach zunächst die zweite Garnitur mit 1/2 Stunde Redezeit. Wie die gestrigen Reden, bewegten sich auch die Ausführungen der heutigen Redner mehr in einem allgemeinen politischen, parteipolitischen und wirtschaftlichen Rahmen. Auf das interne Verbandsleben wurde weniger eingegangen. Es war ein Ringen der drei Richtungen um ihre Ideen, wobei die Ansicht der SPD-Rebner vielfach mit den USP-Delegierten übereinstimmte. Die Debatte eröffnete Nummer-Offenbach (SPD.) der betonte, der Weg zum Stützpunkt nach Jena sei ein sehr leichter. Das Schlußstück hier wäre ein erfreuliches, das beintragt auch nicht, wenn es hier scharfe Auseinandersetzungen gebe. Die Einsicht ist auf allen Seiten erwachsen, dies läßt uns vertrauensvoll in die Zukunft schauen. Wir freuen uns, daß Dikmann sagte, die Zeit ist wieder gekommen, wo wir alle ein gemeinames Parteibuch in der Tasche haben. Wir von der SPD. waren immer der Meinung, daß die verschiedenen Parteibücher höchst überflüssig waren. (Sehr richtig!) Hätte Dikmann in Stuttgart einen Teil der heute gezeigten Einsicht gezeigt, wäre uns viel erspart geblieben. Ich habe schon in Stuttgart gesagt, demokratische Pflicht ist, nicht den Massen zu schmeicheln, sondern ihnen die Wahrheit zu sagen. Heute muß man die Wichtigkeit dieses Satzes zugeben. Die Vermunft muß auch in den kommunistischen Kreisen wachsen. Die russischen Verhältnisse müßten auch bei ihnen Einsicht bringen. Es ist nicht wahr, daß, wie Walcher sagte, weite Schichten der Arbeiter den Glauben an die Gewerkschaften verloren haben. Der Metallarbeiterverband ist der lebendige Beweis dafür, daß sich in der Arbeiterchaft eine große Begeisterung für die Gewerkschaften gezeigt hat. Vielleicht würde die Einsicht bei den Kommunisten ebenso schnell erwachen wie bei der USP, wenn wir sie an die Leitung des Verbandes stellten. Bei unserem Verband geht es allerdings nicht, da wäre es zu fahrlässig. (Sehr richtig! und große Heiterkeit. Zurufe: Bei den Kupfer-Schmiedem.) Wenn wir ihnen die Leitung bei den Kupfer-Schmieden geben würden, wären diese in 3 Monaten alle zu uns übergetreten. (Lebh. Zustimmung.) Die Kommunisten würden, wenn man sie an die Leitung stellte, schnell sehen, wie schwer es ist, es besser zu machen. — Das Schriftwesen des Verbandes muß auf die höchste Stufe gebracht werden. Wir beantragen, daß sämtliche Zeitschriften des Verbandes unter eine einheitliche Leitung gestellt werden, und zwar unter die der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung. Von der kommunistischen Fraktion wünschen wir, daß sie ohne Umschweife erklärt, wie sie sich zu den gewerkschaftlichen Richtlinien ihres Parteitag stellt. Im beiderseitigen Interesse ist eine klare, unabweisende Erklärung unerlässlich. Nach der Rede Dikmanns ist nichts mehr zu sehen, was der innigen Zusammenarbeit der beiden Richtungen im Verbandswege stünde. Das läßt mich hoffen und wünschen, daß auf die jetzige klärende Auseinandersetzung ein besseres Verhältnis folgt, das der erste praktische Schritt auf dem Wege zur vollständigen Einigung sein sollte. Ich glaube, daß wir damit der Metallarbeiterchaft, ja der ganzen Arbeiterbewegung einen Dienst von erheblicher Größe erweisen. (Starker Beifall.)

Deitlinghaus-Lippen (USP.): Sie müssen unsere Gesänge und unser Rorochen in Stuttgart verzeihen lassen. Wir hätten uns während des Krieges schämen und vorziehen und ha-

den deshalb gehacht. Heute haben wir nicht mehr, wir sind bereit zu vergessen und zu vergeben. (Große Heiterkeit.) Wir haben uns genähert, weil unsere Ideen auch bei Euch (nach rechts) Anklang gefunden haben. (Zurufe: Umgekehrt ist es!) Die größte Tat Schliedes war es, als er das Schicksal des Verbandes über seine Person stellte. Die Regierungsparteien können mit unserer Verbandstregierung zufrieden sein. Wir sind ja nicht allein Regierungspartei. Wir sind mit dem Wirken des Vorstandes einverstanden. Rebner begründet eine Resolution seiner Fraktion.

Für die KPD sprach als zweiter Redner Wegmann-Gelsen, der eine lange Rede verlas und dabei nicht viel Aufmerksamkeit des Verbandstages fand. Rebner erklärte: die Geschichte würde das Urteil über die Tätigkeit der Kommunisten sprechen. Der Vorredner von der USP habe eine Grabrede für die USP gehalten. Die USP-Fraktion habe keine klare gewerkschaftliche Richtung. In der Resolution Haas werde der grundsätzliche Standpunkt der SPD. verflüchtelt. Wir werden dem Proletariat sagen, was die Glocken geschlagen haben. (Beifall bei den Kommunisten.)

Gewerkschaften.

Auf zum Schweizertag!

Am Sonntag, dem 25. September, veranstaltet der Deutsche Landarbeiter-Verband in ganz Deutschland Schweizer-Veranstaltungen. Diese haben das Ziel, eine einheitliche Schweizerorganisation mit Angliederung an den Deutschen Landarbeiter-Verband zu schaffen. Die Schweizer sind wohl die Berufsgruppe innerhalb der deutschen Arbeiterchaft, welche die denkbar schlechtesten Arbeitsverhältnisse haben: keine geregelte Arbeitszeit, keinen Feiertag, keinen freien Sonntag, schlechte Wohnungsverhältnisse, niedrige Entlohnung usw., das sind die Merkmale, die der Beruf der Schweizer aufzuweisen hat. Schuld an diesen Zuständen ist einzig und allein der Schweizer selbst, weil er bisher nicht verstanden hat, sich eine große Einheitsorganisation zu schaffen. Nur trübe Erfahrungen haben die Schweizer mit den bisher bestehenden kleinen Schweizerorganisationen gemacht; meistens verschwanden diese Gebilde eben so schnell wieder von der Bildfläche, wie sie entstanden waren. Neben dem Senneverband entstand im Jahre 1900 der Internationale Schweizer-Verband, der bald gespalten wurde. Im Jahre 1909 wurde dann in Leipzig der Allgemeine Schweizerbund, mit dem Sitz in Leipzig, aus der Taufe gehoben. Auch dieser Bund hat allerlei Wandlungen durchgemacht, bis dann endlich durch die Ereignisse des Jahres 1918 auch unter den Schweizern das Bestreben nach einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung wach wurde. Wie so mancher Gegner der Arbeiterschaft, waren auch die Leiter des Schweizerbundes durch das Einsetzen der politischen Umwälzung in Deutschland über Nacht Sozialisten geworden. Sie suchten, weil es ein großer Teil der Schweizer verlangte, Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Auch mußte der Schweizerbund auf Drängen seiner Mitglieder einen Kartellvertrag mit dem Deutschen Landarbeiterverband eingehen, der vor allem das Eine enthielt, daß die beiden Organisationen, Deutscher Landarbeiter-Verband und Allgemeiner Schweizerbund, innerhalb eines Jahres zu einer Organisation zusammengeschlossen sein müssen, um dem geschlossenen Arbeitgebertum eine geschlossene Arbeitnehmerfront gegenüberstellen zu können. Dieser Kartellvertrag wurde von dem Schweizerbund zum Schaden der Schweizer geschlossen! — Auch in der Provinz Schleswig-Holstein haben die Geschäftsführer des Schweizerbundes stets eine zweifelhafte Rolle gespielt. Der bisherige Geschäftsführer Steenga ging stets mit dem Arbeitgebertum durch dick und dünn. Sein Geschäftsbureau in Altona, Göttestraße, war bei den landwirtschaftlichen Arbeitgebern allgemein als Streikbrecher-Vermittlungsbureau bekannt. In den Schweizerkreisen liegt es nun, diesem Treiben ein Ende zu machen und endlich auch für diese Berufsgruppe eine Organisation zu schaffen, die befreit ist, alle vorhandene Mißstände zu beseitigen, damit auch für die Schweizer eine Zeit kommt, wo sie sich auf ihren Arbeitsstellen wohlfühlen. Erscheint daher in den am Sonntag vom Deutschen Landarbeiterverband veranstalteten Versammlungen!

Beworbenende Einigung in der Solinger Metallindustrie. Die Löhnerhebungen in der Solinger Metallindustrie haben bezüglich der Fabrikarbeiter zu einem Abschluß geführt. Die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingesezte Verhandlungskommission hat die nach dem Kollektivvertrag bestehenden Teuerungszuschläge auf die Grundlöhne 100—250% erhöht, so daß die gesamten Teuerungszuschläge auf die Grundlöhne 1100—1150% betragen. Dadurch ist ein Ausgleich zwischen den Akkordarbeitern und den nach Stunden entlohnten Arbeitern geschaffen. Die Vereinbarungen dürften wahrscheinlich die Zustimmung der beiderseitigen Organisationen finden. Bezüglich der Heimarbeiter werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Der reaktionäre Zentralschlichtungsausschuß für die Reichs-verwaltungen fällt vor einigen Tagen einen ungläublichen Schiedsspruch. Unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Bobenslein vom Reichsarbeitsministerium beschloß die Spruchkammer, daß die Post die Berechtigung habe, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes männliche Angestellte, selbst verheiratete, zu entlassen, um an deren Stelle junge weibliche Kräfte einstellen zu können. Der Zentralschlichtungsausschuß hatte nach der Begründung des Schiedsspruches die Ueberzeugung, daß die Kündigungen nicht wegen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, sondern nur auf Grund der Erfordernisse des Betriebes erfolgt sein, nachdem der Reichspostminister sich dahin ausgesprochen hatte, daß für die Postbediensteten die weiblichen Kräfte besser geeignet seien. Auch eine unbillige Härte konnte der Zentralschlichtungsausschuß in den Kündigungen nicht sehen, ist doch sogar das Wort gefallen, daß es auf 1000 Erwerbslose gar nicht ankäme. Das allein beweist die reaktionäre Arbeit des Zentralschlichtungsausschusses. Wenn aber doch einmal ein für die Angestellten günstiger Schiedsspruch zustande gekommen ist, so wird derselbe von den Behörden nicht anerkannt, sondern beharrt der Verbindlichkeitsklärung, die in der Regel nicht ausgesprochen wird. Der Zentralschlichtungsausschuß ist gebildet auf Grund des § 104 des Betriebsrätegesetzes und soll seine Verewigung in der Schlichtungsordnung finden. Berechtigt ist aber seine Aufhebung, da nicht einzuweichen ist, aus welchen Gründen das Reich bzw. die Länder als Arbeitgeber Sonderrechte gegenüber den privaten Arbeitgebern für sich in Anspruch nehmen sollen.

Ein wichtiges Urteil gegen die Harmonieverbände. Die sogenannten Gewerkschaftsbünde der Angestellten haben noch bis heute in ihren Satzungen Kündigungsparagrafen, die nach der Ansicht des Zentralverbandes der Angestellten dem § 152 der Gewerbeordnung widersprechen. Die Satzungsbestimmungen besagen nämlich, daß Mitglieder der genannten Verbände nur zu einer bestimmten Zeit des Jahres ihre Mitgliedschaft kündigen können. Kündigen die Mitglieder außerhalb dieser Zeit, so verlangen die Satzungsbestimmungen, daß die Mitgliederbeiträge noch für eine längere Frist bezahlt werden müssen. In hunderten von Fällen sind Angestellte, die dem Zentralverband der Angestellten beitraten, auf Grund dieser Kündigungsparagrafen aufgefordert worden, noch Beiträge bis über 100 Mk. für den alten Verband zu leisten. Halten alle Aufforderungen und Mahnungen nicht, so drohte man mit einer Klage. Nunmehr hat aber der Verein Deutscher Kaufleute E. B., angezogen dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, gegen ein Mitglied beim Amtsgericht Berlin-Mitte geklagt. — Das Gericht fällte ein Urteil, in dem es u. a. heißt: Der Kläger wird mit der Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Aus aller Welt.

Ergebnisreiche Razzia. Eine von der Kriminalpolizei unter Mitwirkung von 800 Beamten in der gestrigen Nacht im Zentrum Berlins veranstaltete Razzia ergab die Sistierung von fast 800 Personen, von denen 110 auf dem Polizeipräsidium vorläufig verbleiben mußten.

Ein neues Geständnis des Massenmörders Großmann. Der verhaftete Frauenmörder Großmann hat jetzt einen neuen Mord an einem Mädchen eingestanden. Seine Wohnungsnachbarin wurde wegen Beihilfe verhaftet. Großmann hat bereits eine 14jährige Zuchthausstrafe wegen Mordtats hinter sich. Zwei seiner Brüder sind sadistische Verbrecher.

Verhaftung eines vierfachen Raubmörders. Aus Rattow wird gemeldet: Der vierfache Raubmörder Johann Stollorz in Wismar wurde durch die Gemeindevache Janow nach heftigem Feuerkampf festgenommen. Stollorz war einer der Führer im Wismar-Aufstand vom August 1920; er hatte die Eheleute Spitta sowie die Unterwachtmeister Wittwin und Usnach in grausamster Weise ermordet.

Ein unmenschlicher Mordakt. In Koflau hat sich der Schlosser Schneider, der die Ehefrau seines Freundes Silbermann während einer Geburtstagsfeier verführt hatte und hierbei überlistet wurde, auf Befehl seines Freundes in dessen Gegenwart erschossen.

Riesiger Moorbrand. Nach einer Meldung aus Halle verbrannten durch einen riesigen Moorbrand in einem großen Torfgebiet beim Staatsforst Spanten im Kreise Jena über 50 000 Zentner versandfertiger Torf.

Ausgabe von Dante-Marken. Das italienische Postministerium gibt dieser Tage besondere Marken zur Dante-Fest heraus. Es sind drei Serien, zu 15, 25 und 40 Centesimi. Die erste zeigt einen Adler, der die „Göttliche Komödie“ in den Fängen hält, die zweite stellt die auf dem Thron sitzende Italia dar, die dritte bringt das Bild des dazugehörigen Dante.

Wieder ein Vorkampf mit tödlichem Ausgang. Bei einem Vorkampf in Stockholm erhielt kürzlich der schwedische Boxer Gultberg einen so kräftigen Schlag auf den Kopf, daß er bewußtlos zu Boden sank und wenige Stunden später an Hirnblutung starb.

Gultberg, der erst 28 Jahre zählte, scheint allerdings selbst viel Schuld an seinem Unglück zu tragen. Der Arzt hatte ihm wegen einer Krankheit das Boxen untersagt, aber trotzdem gab er sich einem eifrigen Training hin, bei dem sein Gewicht von 68 auf etwa 50 Kilogramm sank. Bereits bei Beginn des Kampfes sah er sehr mitgenommen aus. Um sich zu stärken, scheint er zudem noch vor dem Kampf irgend ein Nervennittel genommen zu haben.

Der Orkan in Nordfrankreich. Der außerordentliche heftige Orkan, der, wie schon berichtet, seit Tagen in Belgien und Frankreich wütet, schwere Schäden angerichtet und den Turm einer Brüsseler Kirche eingestürzt hat, suchte besonders schwer verschiedene Ortschaften Nordfrankreichs heim. In der Gegend von Ypern wurde von der Kirche von Rantorde das Dach durch den Sturm fortgerissen und etwa 100 Meter weit auf den englischen Friedhof getragen. Auch eine größere Anzahl von Wohnhäusern wurde hier zerstört.

Opfer der Vulkandruckkatastrophe in Texas. Aus San Antonio (Texas) meldet der Daily Telegraph über die Vulkandruckkatastrophe folgende Einzelheiten: In San Antonio wurden bisher 100 Leichen an den Ufern des Gabelflusses gelandet. Die Handelskammer der Stadt schätzt den durch die Überschwemmung angerichteten Schaden auf 8 Millionen.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)
(Nachdruck verboten.)

Mit der nächsten Woche (18.—24. September einschl.) setzt nach unseren Ermittlungen eine niederschlagsreiche Witterungsperiode ein, worauf wir bereits am 1. d. Mts. im Wochenbericht hinwiesen. Die Wetterlage hat bereits in der Vorwoche eine Veränderung in diesem Sinne erfahren. Unser Bezirk (Schleswig-Holst., Hansestädte, Mecklbg., Hannover, Brandenburg, N.-Hessen und N.-Westfalen) gelangte in den Bereich von Tiefdruckgebieten und deren Ausläufern vom Ozean aus der Umgebung der britischen Inseln. Ein wasserdampfreicher Luftstrom fließt fortgesetzt von SW. (Ozean) her nach W. bis N.-Deutschland. Starke Wolkenbildung, lebhafte bis starke S. und SW.-Winde, die im

Rüftengebiete zu Beginn der Woche zeitweise stürmisch auftreten und verbreitete, im Binnenlande wenig ergiebige Niederschläge bei meist unternormaler Tageswärme, aber wärmeren Nächten, resultieren aus dieser Wetterlage. Gewitter sind selten und entwickeln sich nur in den ersten Tagen im Gebiete der Nordseeküste. Die Sonnenscheindauer ist gering, ebenso die Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht. Kell- bzw. Frostgefahr ist daher nicht vorhanden. Gegen die Wochenmitte wird das Wetter trockener und teilweise sonnig; bald aber setzen erneut Niederschläge ein.

Im einzelnen: 18. Sept.: Bismlich kühl, unbeständig, zunächst im S. und O. sonnig, später starkwolkig mit Regenschauern und böigen SW.-Winden. Im W. und N. starkwolkig bis trübe, vielfach starke, an der Küste stürmische SW.- bis W.-Winde; öftere Regenschauer, besonders nachmittags. Strichweise Gewitter. 19. Sept.: Tags etwas wärmer, meist trübe, lebhafte SW.- bis S.-Winde. Zunächst trocken, später Regenfälle. 20. Sept.: Zeitweise aufklarend, besonders im S. und SO. lebhafte bis starke SW.- und W.-Winde, erhöhte Luftwärme, vorwiegend trocken. Im Nord- und Ostseeküstengebiet vereinzelt Regenschauer. 21. Sept.: Keine wesentliche Veränderung. Die Trockenheit herrscht überall vor. 22. Sept.: Teilweise trübe, aufsteigende südliche Winde, Temperatur sinkend, zeitweise Regenfälle, besonders im Gebiet der Unterweier und Unterelbe. 23. Sept.: Bismlich kühl, veränderlich, meist starkwolkig, an der Küste zeitweise neblig, starke SW.- bis W.-Winde, schwache Regenschauer. 24. Sept.: Wenig Veränderung bei lebhaften SW.-Winden.

Briefkasten.

Signale. Ohne genaue Angabe Ihres Einkommens können wir Ihnen nur allgemein gültige Richtlinien sagen! Von der Steuer summe sind wöchentlich abzuziehen: für Sie und Ihre Ehefrau je 2,40 M., für jedes Kind unter 16 Jahren 3,60 M. Zurückliegende Werbungskosten 8,40 M., zusammen 24 M. Im November verringert sich dieser Betrag auf 19,20 M.

Damen -Anprethülte, neueste schicke Formen. (6578) 16 Mark
A. C. Faber, Fackenburg Allee 10
Straußfieder-Industrie Gr. Burgstr. 7.



Verbreitetste politische Tageszeitung Lübecks

Höhere Abonnentenzahl als sämtliche in Lübeck erscheinenden politischen Zeitungen zusammen

Vorzügliches Insertionsorgan!

6577

Bekanntmachung.

Die Straßenbrücke in der Hafenstraße ist am Dienstag, dem 20. d. Mts. für den Schiffsverkehr gesperrt. (6594)
Lübeck, 16. Septbr. 1921.
Wasserbauamt III.

Ihre Vermählung geben bekannt

Franz Liedtke
Ella Liedtke
geb. Dunkelmann.
Lübeck, den 17. 9. 21. (6590)

Tagesmädchen am 1. Oktober für e. älteres Ehepaar. (6589)
Bülle, Parkstr. 8.

Stau sucht Kunden im Strampf-Straßen. Ang. u. A. R. an die Exped. (6608)

Heute wurde uns in-
jer kleiner (6591)

Heinz
durch den Tod entrisen.
Paul Bärth u. Frau
Erna geb. Viereck
und alle Angehörigen.
Lübeck-Rittbrook.
Beerdigung Montag
morgen 10¼ Uhr auf
dem Vorwerk Friedhof.

Für alle Beweise herz-
licher Teilnahme beim Ab-
leben unseres lieben Ver-
storbenen herzlichen Dank.
Ernestine Meyer
(6579) und Kinder.

Arbeiter sucht z. l. Ott. möbl.
Zimmer. Steinrader Weg,
Biegelstr. ob. Nähe. Ang. u.
H. M. an d. Exp. d. Bl. (6598)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Für die Einkassierung der Beiträge

2 Boten

gesucht. (Markt und Bezirk
Hütertort.)
Genossen, die Zeit und
Luft dazu haben, wollen
sich melden (6627)
ParteiSekretariat,
Johannisstraße 50, p.

2-Z.-Wohn. (Holtent.-Süd)
g. gl. (Stadt) z. vert. Ang.
u. A. L. 9 a. d. Exp. (6604)

Abgeschl. 3-Z.-Wohn. (Mar-
ti) g. 2-Z.-W. (Holkent.) z. v.
Ang. u. B. Z. 12 a. d. G. (6605)
Gut erhalt. **DeVogt-Flapp-**
Sportwagen zu verkaufen.
6620) Werderstraße 7, I.

Ein weißlackiertes Schlaf-
zimmer umzugshalber billig
zu verkaufen. (6598)
Fischstraße 21.

1 st. Blockwagen zu verk.
(6618) Rerdingstr. 61 I.

F. n. Garnitur z. verkauf.,
zu befehen Sonntags.
(6618) Westhoffstr. 42, I.

3. vert. 1 Blockwag., Kin-
derwag., 1 B. lange Stiefel.
(6612) Weiter Bohberg 17, II.

Ein schöner **Zieh Hund**
zu verkaufen. (6588)
Laudi,
Kaltenhöfer Straße 43 a.

Zu verkaufen e. **Ziegen-**
kamm und 2 starke Räder
vom Handwagen. (6619)
Vorwerk, Vogenstr. 1 a.

50 Ferkel
5-6 Woch.
alt, 140 bis
150 Mark,
kleine u. große **Zugänger**
zu verkaufen. (6603)
Schönböcker Straße 18.

2 Sag 8 Wochen alte
Ferkel billig zu verkaufen.
(6595) **Howe**,
Fackenburg 39.

Prima Ferkel billig.
Beier, Vorwerk,
Vogenstr. 5a.

Aerztl. Sonntagsdienst (6588)
Dr. Lorenz, Breite Str. 11.
Dr. Diederichs, Hütertort. 20
Dr. Groenewald, Lindenpl. 2.

Zahnarzt Rothschild
zurückgekehrt. 6628

Private Buchhaltungskurse.

Der Unterricht beginnt
am 11. Oktober, der Ober-
kursus am 10. Oktober,
abends 7¼ Uhr. (6585)
Karl Hinzpeter,
Molltestraße 5.

Asthma

kann geheilt werden. Sprech-
stunden in Lübeck, Linden-
straße 3 a (Benlon Helm)
jeden Freitag von 10-1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt Berlin S. W. 11.

Metallbetten.
Stahlmatt, Kinderbetten,
bit. a. Private, Kat. 43 U frei.
Eisenmöh.-Fabr. Suhl i. Th.

Neues Volkslieberbuch

mit Anleitung zur
Laufenbegleitung.

Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Die neuen Postgebühren

- 50 Fig. -
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beachten Sie meine 4 Fenster!

Eingetroffen!

Neuheiten in (6624)
Popeline, Serge, Schotten
und Blusenstoffen,
Leinen- u. Baumwollwaren,
Herren- und
Knaben-Konfektion.

Gute Ware. Billigste Preise.

Heinrich Beuck

Ecke Brockes- und Warendorfsstraße.

Beachten Sie meine 4 Fenster!

Flora

Sonntag: TANZ

Eintritt frei. (6572)

Lindenhof-

Israelsdori.
Am Sonntag: (6570)
In den Heranden: Konzert.
Eintritt frei.
Im Saal: Vornehme Ballmusik
Anfang 4 Uhr nachm.
Tel. 1910. Victor Klempau.

Deutscher Metallarbeiter- Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.
(6602)

Versammlung

der

Bauschlosser

am Montag, dem 19. September
nachmittags 5 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Stellungnahme zu unserer
Sobubewegung.

Mitgliedsbücher sind vor-
auszulegen.
Die Ortsverwaltung.

Ad. Hübner Uhrmacher
Fünfhausen 13
Uhren- u. Goldwarenhdlg.
u. Reparaturwerkstatt (6574)

Batour-Matratzen,
Auflege-Matratzen,
jed. Maß in kürz. Zeit.
Gehr. Heftl. Lübeck,
Untertrabe 111/112 (6569)

Schlafzimmer,
Küchen, Korbmöbel
in großer Auswahl.
Zwanglose Befichtigung
erbeten. (6585)
Fischstraße 21.

Eimerbier
Montag von 4-6 Uhr.
(6628) Hermann Stamer.

Nach Travemünde

fährt Sonntag 8 Uhr und 1 1/2 Uhr ab Dreßbrücke
Dampfer „Amstel“, zurück 6 1/2 Uhr. (6576)

Luisenlust.

Unterzeichneter veranstaltet in diesem Winterhalbjahr
6 Familienbälle.

Diese finden an jedem 1. Sonnabend im Monat statt.
Eine Abonnentenliste liegt im Lokal zur Unterschrift
bereit.

Der erste Familienball
findet am 1. Oktober, 7 1/2 Uhr abends, statt.
(6587) Aeg. Maka.

Gesellschaftshaus Waldlust, Israelsdorf

(früher Dieckelmann).
Heute Sonntag: **Grosser Ball.**
(6592) Johs. Benett.

Zentralhallen

Morgen Sonntag: (6611)
Gr. Tanzkränzchen Eintr.
frei.

Waisenhof

Jeden Sonntag u. Freitag:
Tanz.

Luisenlust.

Morgen Sonntag: (6568)
Eintritt und Tanz frei.

Jeder verregnete, alt und unmodern gewordene
Damen- und Herrenhut
wird auf neue, moderne Formen
umgepreßt. (6580)

Richard Meyius vorm. Ziehe,
Stroh- und Filzhut-Fabrik „Gansa“,
Friedrichstraße 60 gegenüber d. D. Str.-K.

Bequem! Sauber!

„Thermidor“
Herde u. -Ofen
sind im Gebrauch u. Anschaffung
am billigsten! (6616)

Täglich im Betrieb zu haben
Gg. Krach,
Lübeck, Glockengießerstraße 50.

Wirksam!

Große Protest-Versammlung

des gesamten

**Gastwirtsgewerbes
nebst Angestellten-Verbänden**
Dienstag, 20. September, nachm. 3 1/4 Uhr
im **Kolosseum**
**Protest gegen die Sonderumsatz-
steuer des Gastwirtsgewerbes.**

Referent: Herr Ernst Prilop.

Wir bitten die Mitglieder folgender Vereine und Verbände an dieser Ver-
sammlung teilzunehmen: **Brauereiverband, Verein der Weinändler, Verein
der Mineralwasserfabrikanten, Fleischer-Innung, Bäcker-Innung, Kon-
diktoren-Verein, Verein der Zigarren-Ladeninhaber.**

Arbeitsausschuss beider Wirtvereine Lübecks
für örtliche Interessen.

NB. Durch Beschluß des Arbeitsausschusses sind sämtliche Gastwirtschaften
am Dienstag von 3-5 Uhr zu schließen. Wir bitten die Kollegen, wegen des
Ernstes der Lage diesem Beschluß Folge zu leisten. (6614)

Butterbrotpapier

rein Pergament
Rolle nur 2,50 Mk. (6599)

Ferd. Kayser

Schlafzimmer,
Küchen, Korbmöbel
in großer Auswahl.
Zwanglose Befichtigung
erbeten. (6585)
Fischstraße 21.

Eimerbier

Montag von 4-6 Uhr.
(6628) Hermann Stamer.

Nur ganz kurze Zeit!

Hagenbeck

Lübeck - Auf dem Burgfeld.

Allabendlich 1/8 Uhr

Der unvergleichliche

Hagenbeck-Spielplan
mit den Rekorddarbietungen modernster Raub-
tierdressuren und auserlesener Zirkuskunst.

Sonntag
2 Vorstellungen
nachm. 8 u. abds. 1/8 U.
Nachmittags zahlen bei
vollständ. ungekürztem
Abendprogr. Kinder
halbe Preise.

Vorverkauf: täglich ab 9 Uhr vormittags un-
terbrochen an den Kassenwagen sowie
Zigarren-Spezialhaus Dröesen, Holstenstr. 6.
Fernruf 8279. (6607)

Athleten-Club Atlas. 1896.

Mitgl. des Arb.-Athl.-B. Deutschlands.

Am Sonntag, dem 18. September:
25jähriges Jubiläum - Stiftungsfest
im Kolosseum.

Anfang 8 Uhr. (6615) Anfang 5 Uhr.
Alle Arbeiter-Sportler sind herzlich eingeladen.
Der Festausschuß.

Palast-Theater

Bad Schwartau, Lübecker Str. 68.

Einem geehrten Publikum von Bad
Schwartau u. Umgeg. zur gefl. Mit-
teilung, daß ich am 28. Sept. d. J.
in dem von mir erworbenen Grund-
stück (früher „Hotel Kronprinz“)
unter obiger Bezeichnung ein

Lichtspiel-Theater

in großstädtischer und
moderner Weise eröffnen werde. (6578)

G. F. Evers.

Weißer Engel. BALL.

Eintritt frei.

Adlershorst. Ball.

Jeden Sonntag (6568)
und Donnerstag:

NEU-LAUERHOF.

Morgen Sonntag: (6601)

Tanzkränzchen

Geniner Baum

Morgen Sonntag:

Preis-Skat

mit nachfolgendem

Ball.

Anfang 4 Uhr. (6617)

Konzerthaus Lübeck.

Für die Winter-
Saison sind meine
**Säle und
Klubzimmer**
noch einige Sonn-
u. Wochentage frei.

Heinz Cyriaks.
Tel. 468. (6584)

Friedrich- Franz- Halle.

Jeden Sonntag: (6671)

Tanz.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
(6614)

Johannishof.

Johannisstr. 5 (6588)
früher Pferdestall
Täglich: Zitherkonzert.
Anf. 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Waldbühnen Bad Schwartau.

Morgen Sonntag, nachm.
4-7 u. abends ab 8 Uhr:
Doppel-Künstler-Konzert
Quartett Böck.
Trio Weberus. (6582)

Trocadero

Schüffelb. 4. Fernspr. 787.

5-Uhr-Tea

Erno-Schäkel-Konzert.

Angenehmer Aufenthalt.

HANSA- THEATER

Sonntag, den 18. Septbr.
und folgende Tage
abends 7 1/2 Uhr: (6561)

„Wenn Liebe erwacht“

Operette in 3 Akten
von Eduard Künnete.

Stadttheater Lübeck.

Sonntag, 17. Sept. 7.30 U.
Gastspiel Kammerjäger
Tauber von der Staats-
oper Dresden als Wilh.
Weißer in
Mignon.

3. Vorst. im Sonnabend-
Abonn. (Sonntagspreise).

Sonntag, 18. Sept. 7.30 U.
Gastspiel Kammerjäger
Tauber v. d. Staatsoper
Dresden als Alfred in
La Traviata.

Sonntag, 18. Sept. 2 Uhr
3. Vorst. für den Arb.-
Bildungsverein
Herodes u. Mariamme.
Karten a. d. Theaterkasse.

Montag, 19. Sept. 7 Uhr.
1. Vorst. f. d. Arbeitsge-
meinschaft freier Bünde
Wallenstein's Lager,
Die Biccolomini.
Einzelticketverkauf a. d.
Theaterkasse.

Dienstag, 20. Sept. 7.30 U.
Cavalleria rusticana,
hierauf **Der Bajazzo.**
6. Ab.-Vorst. Suchst. B.

Kammerspiele des Stadttheater.
Fünfhäusen 17/18. (6597)

Sonntag, 17. Sept. 7.30 U.
Maria.

Sonntag, 18. Sept. 7.30 U.
Flamme.

Dienstag, 20. Sept. 7.30 U.
Der lächelnde Knabe.

KOLOSEUM.

3. Volkst. Konzert i. Mon-
tag-Ab. des Sinfonie- u.
Stadttheater-Orchester.
Leiter: Karl Mannstädt.
Solist: Herr Schubert.
7.30 Uhr. Preise: 5 Mk.,
3.50 Mk., 2.50 Mk.

Lübecker Opferwoche

Ausstellung von Handarbeiten
vom 1.-10. Oktober.

Handarbeiten werden schon jetzt entgegen-
genommen Dienstags und Freitags von
3-5 Uhr Königstraße 19. (6622)

Färbe zu Hause

Kleider, Blusen, Tücher,
Bänder, Strümpfe, Garne,
Gardinen, Spitzen u.s.w.

nur mit

Heitmann's Farben

Best-
bewährt



Größte
Auswahl

Andere Farben zurückweisen

Alleinige Fabrikanten:
Geb. Heitmann Köln & Riga

Erhältlich in allen Großen-Geschäften.
Vertretung u. Lager: E. R. Schultze, Lübeck,
Engelsgrube 24. Fernsprecher 8528. (6575)

Die Patent-Waschmaschine „Marjella“

Preis Mk. 180.-

und Patent-Tischmangel „Mignon“

Preis Mk. 320.-

sollten in keinem Haushalte fehlen. (6609)
Große Ersparnis an Zeit, Geld und Arbeit.
Zu haben bei: Johannes Lau, Lübeck, Bedersgrube 6.

„Wurf“

ist ein gutes und
billiges
Seifenpulver

frei von schädlichen
Bestandteilen.

Das Pfund-Paket 3.50 Mk. Ueberall erhältlich!
Herst.: Wasch- u. Reinigungsmittel-Fabrik Lübeck
Kontor: Mühlenstraße 21. (6564) Fernspr. 3295.

Empfehle:

Göringe u. Carona-Fahrräder

in solider Preislage. (6625)

Nähmaschinen verschiedener Systeme.
Reparaturen an Automobilen, Fahrrädern
und Nähmaschinen werden gut und billig
ausgeführt.

Th. Vedder

Schwartz Allee 37. Fernruf 1884.